

berichten konnten. Beatty beschloß, den Feind zu zwingen, in voller Stärke auf dem Kampfsplatz zu bleiben. Mit der Hartnäckigkeit von Bull Dogge bekämpften unsere Kreuzer im Vertrauen darauf, daß Verstärkungen unterwegs seien, den Feind, obwohl sie in der Überzahl waren. Nachdem der Kampf ungefähr zwei Stunden gedauert hatte, tauchten der „Invincible“ und der „Inflexible“ am Horizont auf. Die Deutschen waren noch immer in der Ueberzahl und auch das Lichtverhältnis hatte sich nicht zugunsten der Briten geändert. In diesem Abschnitt der Schlacht wurde hauptsächlich mit schweren Kanonen gekämpft und der Kampf war über alle Beschreibung entsetzlich. Der „Invincible“ ging, nachdem er mit dem größten Heldennut gekämpft hatte, rasch unter.

Beatty atmete auf, als 4 Schlachtschiffe der größten Klasse, nämlich „Valiant“, „Barham“, „Malaya“ und „Barfite“ am Horizont erschienen. Als sie sich am Kampf beteiligten, änderte sich dieser sofort. Die „Barfite“ wurde sogleich von fünf deutschen Schlachtschiffen oder Kreuzern angegriffen, bedeckte sich mit Rauch und brachte drei der Angreifer zum Sinken oder fügte ihnen doch jedenfalls sehr schweren Schaden zu. „Valiant“ rammte ein feindliches U-Boot und bohrte es in den Grund. Die Deutschen begannen nun zu fliehen. Die Leute von Jellicoes Flotte waren über diese Weigerung der Deutschen, den Kampf auszufechten, aufs höchste entrüstet. Bei Anbruch der Dunkelheit stellten die großen Schiffe das Feuer ein, aber der Kampf wurde während der Nacht bis zum Tagesanbruch von den kleineren Schiffen fortgesetzt. Dann lehrte die englische Flotte nach den verschiedenen Häfen zurück, davon Feinde keine Spur mehr zu entdecken war.

Das Urteil ausländischer Blätter.

New York, 4. Juni. (Durch Funkspruch vom Vertreter des B. L. B.) Die Zeitungen widmen dem deutschen Seesiege, der das ganze Land elektrifiziert hat, mehr als drei volle Seiten. Sie machen keinen Versuch, den furchtbaren Stoß zu verkleinern, der dem englischen Seestolge verlehrt worden ist. Die Ueberschriften, die über die ganze Breite der Seite laufen, lauten: Die Deutschen zertrümmern die englische Flotte! England verliert die größte Seeschlacht der Welt! Ein Leitartikel von „Times“ sagt: Bei dem ersten großen Zusammenstoß zwischen den Seestreitkräften Deutschlands und Englands erlitten die Engländer eine Niederlage. Verantwortlich dafür ist die Strategie, die Taktik, die Ausbildung im Kampfe und das Glück. Das Ergebnis muß den englischen Seestolz dämpfen und die Deutschen ermutigen. Dies ist die erste große offene Seeschlacht des Krieges, und sie ist den Engländern schlecht bekommen. Das Blatt erinnert weiter an den Ausspruch von Churchill, die Engländer würden die Deutschen, wenn sie nicht aus dem Kanal von Kiel herauskämen, gleich Matten ausgraben. „Tribune“ nennt das Ergebnis des Kampfes einen klaren Sieg von noch nicht abzusehender Größe und sagt weiter, das Ereignis werde voraussichtlich in England eine größere Bestürzung hervorrufen, als alle englischen Misserfolge seit Kriegsbeginn. Es sei klar, daß die britische Flotte nicht überrascht wurde. „World“ sagt: Die Deutschen haben die größte Seeschlacht der modernen Geschichte gewonnen. Die deutschen Verluste sind gering im Vergleich zu denen der englischen Flotte. Es ist klar, daß die britische Flotte von ihrem Gegner niedermantvriert, zusammengeschossen und niedergeschossen wurde. „Sun“ sagt: Die deutsche Flotte ist herausgekommen und hat einen glänzenden Sieg erstritten.

Bern, 4. Juni. (B. L. B.) Trotz aller Bemühungen, die See- schlacht am Skagerrak als deutsche Schlappe hinzustellen, wobei mit allerlei phantastischen Meldungen von deutschen Schiffverlusten gearbeitet wird, können die Pariser Blätter doch nicht umhin, die ersten Verluste der englischen Flotte anzuerkennen. Am ehrlichsten wird St. Brice im „Journal“ der wirklichen Lage gerecht; er schreibt u. a.: Das Zusammenreffen, das deutscherseits sehr gewagt war, hat einen etwas konfuseu Charakter; es entbehrt der eigentlichen Entscheidung und ist nicht ohne einige Unschlüssigkeiten auf englischer Seite. Angesichts der vernichtenden Ueberlegenheit, über die die englische Flotte verfügte, sollte eigentlich eine Ueberwältigung außerhalb der Vermutungen stehen. Das englische Geschwader, das offenbar in ein Wespennest geraten war, wurde hart mitgenommen. Die Bilanz ist schlimm, namentlich wegen der hohen Mannschaftsverluste. Ueber die zweite englische Meldung, die „Journal“ nur zum Teil genau, zum Teil aber hypothetisch nennt, heißt es: Wir werden bald wissen, wie weit diese Meldung richtig ist. Denn die deutsche Regierung hat sich bei aller Phantasie in ihrer Mitteilung zum Grundsatze gemacht, nichts zu verheimlichen, was doch bekannt werden muß. Man darf ferner nicht vergessen, daß es bei einer Seeschlacht auf große Entfernung sehr schwierig ist, die gegnerischen Verluste zu erkennen.

Stockholm, 5. Juni. (B. L. B.) Die schwedische Presse beschäftigt sich weiter in langen Leitartikeln mit dem deutschen Seesiege. In den Behauptungen der Entente schreibt „Stockholms Dagblad“: Die englische und die französische Presse suchen den englischen Vorkriegsruhm möglichst zu bemänteln, der für das Ansehen der englischen Flotte kaum günstig sein kann, denn, wenn auch ihre Ueberlegenheit nicht allzusehr erkümmert ist, muß es doch zu denken geben, daß so große Verluste überhaupt möglich waren. Daß die Nachrichten aus der Nordsee tiefen Eindruck gemacht haben, geht unzweideutig aus den Kommentaren hervor, die die Verluste zu erklären suchen. — „Svenska Dagblad“ meint: Ganz natürlich hätten die deutschen Verluste einen ganz anderen Umfang angenommen, wenn die gesamte gewaltige und überlegene englische Schlachtflotte Zeit gefunden hätte, einzugreifen. Daß die Deutschen, als dies bevorstand, die Schlacht von selber beendeten und sich in ihre Häfen zurückzogen, ist nur folgerichtige Durchführung einer geschickt begonnenen Taktik, durch die sie den großen glänzenden Sieg erfochten haben. Jeder kann leicht einsehen, welchen Stoß ein solcher deutscher Sieg für das englische Selbstbewußtsein bedeutet. Gewiß ist auf beiden Seiten seemannsmäßig tapfer gekämpft worden, aber das verhindert nicht, daß der erste Eindruck der Schlacht der ist, daß England ein Risiko einging, das es brauchen würde, um auch fernerhin zu dem alten „Rule the waves“ imstande zu sein.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 5. Juni. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom Sonntag nachmittag. Auf dem rechten Ufer der Maas machten die Deutschen gestern gegen Ende des Tages mehrere Versuche, das Fort Vouz von Südwesten zu umzingeln. Gegen 8 Uhr gelang es ihnen bei einem starken Angriff, in den französischen Gräben in der Schlucht zwischen Damloup und dem Fort Fuß zu fassen, aber ein sofortiger Gegenangriff warf sie gleich wieder vollständig zurück. Ein zweiter deutscher Angriff auf dieselbe Stelle scheiterte im Feuer unserer Artillerie. In der Gegend westlich vom Gebirge Thiamont wurden die Kämpfe in der Nacht mit Granaten fortgesetzt. Auf dem linken Maasufer und auf der übrigen Front mäßige Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Gr. Hauptquartier, 5. Juni 1916. (B. L. B.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Engländer schritten gestern abend erneut gegen die von ihnen verlorenen Stellungen südöstlich von Ypern zum Angriff, der im Artilleriefeuer zusammenbrach. Ebenso scheiterte ein nach Gasvorbereitung unternommener schwächlicher französischer Angriff bei Brunay in der Champagne.

Auf dem Westufer der Maas bekämpfte unsere Artillerie mit gutem Ergebnis feindliche Batterien und Schanzenanlagen; französische Infanterie, die westlich der Straße Haucourt—Genes gegen unsere Gräben vorzukommen versuchte, wurde zurückgeschlagen.

Auf dem rechten Ufer dauert der erbitterte Kampf zwischen dem Caillette-Walde und Damloup mit unverminderter Heftigkeit an. Der Feind versuchte, uns die in den letzten Tagen errungenen Erfolge durch den Einsatz von Infanteriemassen freitig zu machen. Die größten Anstrengungen macht der Gegner im Chapitre-Walde, auf dem Humin-Rücken (südwestlich vom Dorfe Baug) und in der Gegend südöstlich davon. Alle französischen Gegenangriffe sind reslos unter den schwersten feindlichen Verlusten abgewiesen.

Deutsche Erkundungsabteilungen drangen an der Yser, nördlich von Arras, östlich von Albert und bei Altkirch in die feindlichen Stellungen ein; sie brachten 30 Franzosen, 8 Belgier und 35 Engländer unverwundet als Gefangene ein; ein Minenwerfer ist erbeutet.

Im Luftkampf wurde über dem Marre-Rücken, über Cumidres und Fort Souville je ein französisches Flugzeug zum Absturz gebracht.

Westlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Die Kämpfe unserer Flieger im Monat Mai waren erfolgreich.

Feindliche Verluste:

im Luftkampf	36 Flugzeuge
durch Abschuß von der Erde	9 „
durch unfeindl. Land. hint. unseren Linien 2	2 „
	<hr/>
	47 Flugzeuge

Eigene Verluste:

im Luftkampf	11 Flugzeuge
durch Richtrückkehr	5 „
	<hr/>
	16 Flugzeuge

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalkstabsbericht.

Wien, 5. Juni. (B. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Der seit längerem erwartete Angriff der russischen Südwestarmee hat begonnen. An der ganzen Front zwischen dem Pruth und dem Styr-Raie bei Kolki ist eine große Schlacht entbrannt.

Bei Orna wird um den Besitz unserer vordersten Stellungen erbittert gekämpft. Nordwestlich von Tarnopol gelang es dem Feinde, vorübergehend an einzelnen Punkten in unsere Gräben einzudringen. Ein Gegenangriff warf ihn wieder hinaus. Weiter westlich von Kozlow (westlich von Tarnopol) scheiterten russische Angriffe vor unseren Hindernissen, bei Nowo Alexiniec und nordwestlich von Dubno schon in unserem Geschützfeuer.

Auch bei Sapanow und bei Dolya sind heftige Kämpfe im Gange.

Südöstlich von Luck schossen wir einen feindlichen Flieger ab.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Raume westlich des Apicio-Tales war die Gesechtstätigkeit gestern im allgemeinen schwächer. Südlich von Fossina nahmen unsere Truppen einen starken Stützpunkt und wiesen mehrere Widergewinnungsversuche der Italiener ab.

Westlich des Apicio-Tales erkämpfte unsere Kampfgruppe auf den Höhen östlich von Arfiero noch den Monte Panoccio (östlich von Monte Barco) und beherrschte nun das Val-Canaglia.

Gegen unsere Front südlich des Grenzgebirges richteten sich wieder einige Angriffe, die sämtlich abgeschlagen wurden.

An der lästentländischen Front schloß die italienische Artillerie mehr als gewöhnlich. Im Oberberdo-Abschnitt betätigten sich auch feindliche Infanterieabteilungen, deren Vorstöße jedoch rasch erledigt waren.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalkstabs.
v. Oeser, Feldmarschalleutnant.

Paris, 5. Juni. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom Sonntag abend. In den Argonnen wurde eine feindliche Unternehmung gegen einen unserer kleinen Posten bei Courtes Chauves zurückgeschlagen. Am linken Ufer der Maas ist die beiderseitige Artillerietätigkeit während des Tages in der Gegend der Höhe 304 gestiegen. Ein Angriff, von dessen Vorbereitung in den deutschen Gräben wir Kenntnis erhalten hatten, wurde durch unser Sperrfeuer unterbunden. Am rechten Ufer der Maas setzte der Feind die Beschließung unserer Stellungen in den Gegenden von Vouz und Damloup und mit besonderer Heftigkeit gegen das Fort Vouz fort. Ein gegen drei Uhr nachmittag gegen die Abhänge des Gebirges von Humin im Nordwesten des Forts angelegter deutscher Angriff wurde von unseren Maschinengewehren angehalten. Das Feuer unserer schweren Artillerie beschädigte drei deutsche Batterien im Walde von Courières schwer. Unsere Kanonen nahmen feindliche Ansammlungen im Caillettewald unter Feuer und zerstreuten sie.

Flugdienst: Heute gegen Mittag schleuderte eine Gruppe deutscher Flieger mehrere Bomben auf Loul. Sechs Personen wurden getötet, etwa zehn verwundet. Der Sachschaden ist unbedeutend, kein militärisches Gebäude ist getroffen. Das Verfolgungsgeschwader von Loul stieg sofort auf und verfolgte die deutschen Flieger kräftig. Einer von diesen wurde in unseren Linien bei Sanzev (zwei Kilometer nördlich von Loul) abgeschossen, zwei andere mißten, von den Maschinengewehren der unseren getroffen, jäh in die deutschen Linien absteigen.

Belgischer Bericht: Lebhaftes gegenseitige Artillerietätigkeit entwickelte sich in der Gegend von Dignuiden. Gewöhnliche Beschießung an verschiedenen anderen Punkten der belgischen Front.

Der Bericht der russischen Heeresleitung.

Petersburg, 5. Juni. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom 4. Juni. Westfront: In der Gegend nordöstlich von Vulkarn versuchten die Deutschen nach heftiger Beschließung eines Abschnittes unserer Stellungen mehrmals anzugreifen; sie wurden abgewiesen. In vielen Abschnitten der Dänarfront und in der Gegend von Dänaburg unterhielt die feindliche Artillerie ein heftiges Feuer. Am Abend des 2. Juni zerstreute unsere Artillerie deutsche Ansammlungen nordöstlich von Krewo. In der Gegend südlich von Krewo ließen wir in der Nacht vom 3. Juni eine Mine springen. Darauf eröffneten die Deutschen das Feuer, nachdem sie den Trichter erkundet hatten. Als sie zum Angriff übergingen, wurden sie durch unser Feuer aufgehalten. Vor dem Dorfe Dgorodulki, 7 Werst südlich von Krewo, wurde eine Wolke bemerkt, welche in der Richtung auf unsere Gräben auf der Erde entlangkroch, sie erreichte das Drahthindernis nicht, sondern wandte sich nach der entgegengesetzten Richtung. Daraufhin vernahm man Lärm in den deutschen Gräben und Reifgibbündel wurden dort angezündet. Am Nachmittag des 3. Juni, gegen 4 Uhr, wurde in der Gegend des Hledens Dornai 18 Kilometer nördlich des Karocjee) unser Flugzeug von einem deutschen Kampfflugzeug vom Typ Fokker angegriffen.

Unsere Flieger empfingen den Feind mit Maschinengewehrfeuer und zwangen ihn dicht bei seinen Stellungen in aller Eile zu landen. Am 2. Juni warf ein feindlicher Flieger vier Bomben auf den Bahnhof von Molobecno. Auf der übrigen Front fanden unbedeutende Vorposten-Zusammenstöße statt.

Kaukasusfront: Am Abend des 1. Juni griffen die Türken mit Artillerieunterstützung die Höhe südwestlich Penikoei (8 Kilometer südlich von Biskala) aus der Richtung Erzindjan kräftig an, wurden aber durch unser Feuer aufgehalten und zogen sich zurück. Südlich von Penikoei an den Abhängen des Berges Durka Dogh warfen unsere Truppen die Türken zurück und gingen weiter vor.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 4. Juni. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom Sonntag. Vom Stilfer Joch bis zum Garbafee Artillerietätigkeit und Unternehmungen kleiner Abteilungen. Im Zagarinatale haben die feindlichen Batterien gestern aus allen Kalibern unsere Stellungen bis zum Palubio hin beschossen. Sie wurden durch unsere Artillerie wirksam belämpt, die feindliche Truppen und Unterstände traf. Auf der Front Fosina—Asta wurde feindliche Infanterie, die am Abend des 2. Juni versuchte, in der Richtung auf Duaro, südöstlich von Arfiero, vorzudringen, kräftig im Gegenangriff zurückgeworfen. Während des gestrigen Tages lebhafter Artilleriekampf. Am Nachmittag wurden sehr große feindliche Massen, die zum Angriff auf unsere Stellungen zwischen dem Hügel von Torno und dem Hügel von Fosina vorgeworfen wurden, mit sehr schweren Verlusten zurückgeschlagen. Auf dem Plateau der Sieben Gemeinden dauert der Kampf um den Besitz des Monte Cengio mit wechselndem Erfolge an. Auf der übrigen Front bis zur Brenta beiderseitige Artillerietätigkeit. In Kärnten und am Fiongo kein Ereignis von Bedeutung.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 4. Juni. (B. L. B.) Amtlicher Bericht des Hauptquartiers.

An der Trakfront keine Veränderung.

Kaukasusfront: Auf dem rechten Flügel nichts außer Zusammenstößen zwischen Erkundungsabteilungen. In der Mitte waren unsere Truppen trotz der Ungunst der Witterung den linken Flügel des Feindes durch wiederholte Vorstöße nach Osten zurück. Sie befinden sich heute etwa 40 Kilometer östlich von ihren früheren Stellungen. Alle feindlichen Versuche, den Rückzug zu decken oder die wichtigen Stellungen in den Abschnitten, die der Feind hatte räumen müssen, wiederzunehmen, scheiterten an unseren Bajonettangriffen unter schweren Verlusten für den Feind. Gestern machten wir in einem Kampfe 50 feindliche Soldaten zu Gefangenen, darunter einen Offizier, und erbeuteten zwei Maschinengewehre, eine Menge brauchbarer Waffen und verschiedenes Vioniermaterial. Auf dem linken Flügel Scharmügel zwischen Erkundungsabteilungen. Bei einem Ueberfall auf eine uns feindliche Erkundungsabteilung vernichteten wir einen Teil davon und machten den Rest zu Gefangenen. Unsere Artillerie verursachte durch überraschendes wirksames Feuer Verwirrung und Verluste in feindlichen Unterständen. Im übrigen nichts von Bedeutung.

Griechischer Protest gegen die Verhängung des Belagerungszustandes in Saloniki.

Bern, 4. Juni. (B. L. B.) „Secolo“ meldet aus Saloniki: Gestern mittag zwölf Uhr wurde von Sarail der Belagerungszustand über Saloniki und das gesamte von der Entente besetzte Gebiet verhängt. Die Post, die Telegraphen, Zoll- und Radiostation von den Entenetruppen besetzt und der griechische Polizeichef aufgefodert, Saloniki innerhalb 24 Stunden zu verlassen.

Bern, 5. Juni. (B. L. B.) „Secolo“ meldet aus Athen: Die griechische Regierung wird wegen der Verhängung des Belagerungszustandes über Saloniki Einspruch erheben. Der telegraphische Verkehr zwischen Saloniki und Griechenland ist unter der Jenzur der Alliierten wiederhergestellt worden.

Vom U-Bootkrieg.

Paris, 4. Juni. (B. L. B.) Die „Reit Paristen“ meldet, hat ein französischer Dampfer in Marseille die Besatzungen der englischen Dampfer „Baron Tweedmouth“ und „Julia Bart“, im ganzen sechzehn Offiziere und fünfzig Mann gelandet, ferner hat ein anderer Dampfer die Besatzung des englischen Dampfers „Southgard“ an Land gebracht. Sämtliche Dampfer sind von deutschen Unterseebooten versenkt worden.

London, 4. Juni. (B. L. B.) Lloyd's melden aus Genua, daß der italienische Dampfer „Materio“ (3607 Tonnen) am 27. Mai versenkt worden ist.

Englands ostasiatische Sorgen.

Die Vorgänge im fernen Osten finden allenthalben große Beachtung. Man verfolgt die Entwicklung in China und die Beziehungen zwischen Japan und China mit gespannter Aufmerksamkeit, an dem Schicksal des größten neutralen Marktes ist kaum einer der kapitalistischen Staaten uninteressiert.

Besonders England kann den Dingen dort nicht gleichgültig zusehen, seine Presse macht auf die Erstarkung des japanischen Einflusses in China aufmerksam, und der „Manchester Guardian“ bringt in einer seiner letzten Nummern einen Bericht seines Bekinger Korrespondenten, der außerordentlich interessant ist und dem er nicht mit Unrecht die Ueberschrift „Eine Warnung für den britischen Handel“ gibt.

Der Korrespondent erinnert an das Wort eines hervorragenden chinesischen Staatsmannes „In dieser Revolution bekämpfen wir Japan ohne Kriegserklärung“ und meint, diese Seite des Kampfes müsse weit mehr die Aufmerksamkeit des Fremden fesseln als die konstitutionellen Fragen und die Eventualitäten zwischen dieser und jener Persönlichkeit. Und zwar aus einem sehr einfachen Grunde; denn wenn die Aufgabe des chinesischen Staatsmannes richtig ist, „dann steht die Zukunft des größten neutralen Marktes der Welt auf dem Spiel, eines für die englische Industrie sehr wichtigen Marktes, der zu noch unendlich größerer Wichtigkeit nach dem Kriege bestimmt ist“.

Die Fremden in China glauben allgemein, daß Japan versucht, sich die politische Kontrolle über China oder die Vorherrschaft im Innern zu sichern. Es betrachtet den Weltkrieg als eine vom Himmel gesandte Gelegenheit, seine Ambitionen durchzusetzen. Man denkt dabei an die ganze Geschichte der Vergangenheit, und vor allem an die 21 Forderungen, die Japan im letzten Jahre an China stellte und deren Erfüllung die Rechte der Verbündeten Japans in China verlegt und China in vollkommene Hörigkeit unter Japan gebracht haben würde. Man glaubt auch, daß Japan heimlich die chinesische Revolution mit Geldern und Waffen unterstützt; diese Auffassung basiert darauf, daß die japanische Presse offen für die Revolutionäre eintritt, und daß kürzlich ein hervorragender japanischer Jurist erwähnt worden ist, um den revolutionären Führern in Canton Rat zu erteilen. Die japanische Regierung macht der Regierung Juanschikais tatsächlich Schwierigkeiten. So hat sie der Yokohama Specie Bank untersagt, der chinesischen Regierung die 80 000 Pfund Sterling auszugeben, die bei dieser Institution als Ertrag der Salzsteuer stehen. Das Geld ist ausschließlich Eigentum der chinesischen Regierung, von Japan sei nicht ein bißchen zur Reorganisationsanleihe beigegeben worden, für die die Salzsteuer erhoben werde, deren Erträge in Yokohama und den Banken der anderen Gruppen liegen.

Unter dem Druck Japans sollen die anderen Mächte ein gleiches Vorgehen beschlossen haben. So erwachsen der Regierung Juanschikais erhebliche Schwierigkeiten, die größte Geldquelle ist verstopft, der Präsident werde die gegen die Revolutionäre kämpfenden Truppen nicht bezahlen können, und man sei dadurch der Anerkennung der Revolutionäre als Kriegführender um einen guten Schritt näher gekommen.

Aber Japan geht weiter. Es verhandelt mit Rußland über eine Verständigung in gewissen Fragen. Der Bekinger Korrespondent des „Manchester Guardian“ gibt einen Vortrag wieder, von dem er glaubt, daß er noch nicht definitiv abgeschlossen sei, der aber die Vorschläge enthalte, die Japan mache. Wir geben diesen Teil aus dem „Manchester Guardian“ in vollständiger Uebersetzung:

„Die „Nagasaki Press“ vom 6. April enthält den folgenden Bericht, datiert Tokio, den vorhergehenden Mittwoch. Aber es ist kein Hinweis auf die Herkunft der Feststellung enthalten.“

Die Bedingungen einer russisch-japanischen Uebereinkunft von weittragender Bedeutung haben Zustimmung gefunden, die Verhandlungen sind in Petersburg durch den russischen Minister des Auswärtigen und den japanischen Gesandten geführt worden. Die Vereinbarung wird wahrscheinlich in Petersburg nach dem Abschluß der Verhandlungen getroffen die Menge der Munition, mit der Rußland durch Japan unterstützt werden soll, die jetzt in Tokio geführt werden, unterzeichnet werden.

Unter den Bedingungen der Vereinbarung befinden sich folgende:

Rußland soll Japan die chinesische Ost-Eisenbahn nordwärts von Chongchun bis zu einem bestimmten Punkt (südlich von Harbin) bedienen.

Japan soll Rußland mit Munition und Kriegsmaterial (war stores) unterstützen bis zu einem so großen Umfang, wie es sein nationaler Verteidigungsplan und seine Leistungsfähigkeit während der Fortdauer des Krieges erlaubt.

Rußland soll den Japanern, was Aufenthalt und Beschäftigung in Handels-, industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen in der Zone der chinesischen Ostbahn und auch im nördlichen Saghalien und östlichen Sibirien angeht, milde Behandlung gewähren.

Rußland soll Wladimostok zu einem Handelshafen machen und keinerlei militärische Arbeit unternehmen, die Mißverständnisse zwischen ihm und Japan verursachen könnte.

Rußland und Japan sollen ihre gegenseitigen Interessen in der Mongolei und Mandschurei respektieren und Japan soll Rußland, wenn verlangt, Unterstützung gewähren, im Falle daß die Ordnung in der Einflußsphäre Rußlands (in China) während des gegenwärtigen Krieges gestört wird.

Rußland soll jede freie Aktion gutheißen, die Japan nötig erscheinen mag für die Bewahrung des Friedens, um die territoriale Integrität und Gleichheit in China aufrechtzuerhalten, und Rußland soll gemeinsame Sache mit Japan gegen irgendeine dritte Partei, die der freien Aktion Japans entgegentritt, machen, wenn Japan das für nötig erachtet.“

Die letzten beiden Bedingungen würden Japan die Vorherrschaft in China sichern, und gegen sie wendet sich der „Manchester Guardian“ ganz entschieden, indem er daran erinnert, daß eine aggressive Aktion gegen China die westlichen Mächte gegen Japan zusammenschließen würde. Japan sei abhängig von fremdem Geld und es werde in bitterer Not geraten, wenn der künstliche Aufschwung durch den Krieg nachlasse. Das erkennen auch einige wenige in Japan, die zu weiser Mäßigung raten.

Was aber geht England der Ausblick auf ein unter der Vorherrschaft Japans stehendes China an? Die Antwort auf die Frage liege in den Erträgen der südlichen Mandschurei und Koreas. „Wenn Japan Kontrolle über China erhalte, so würde das Land aufhören, ein neutraler Markt zu sein, der dem Handel und dem Kapital der ganzen Welt unter gleichen Bedingungen offen steht.“ Formell werde vielleicht das System der „offenen Tür“ bestehen bleiben, aber tatsächlich würden Minen, Eisenbahnen und alle möglichen anderen Konzeptionen von Japan monopolisiert werden. Eine solche Situation könne wohl während des Krieges nicht vollständig ausgearbeitet werden, aber es sei zu befürchten, daß Japan zum mindesten bestrebt ist, sie im allgemeinen zu schaffen.

Hier entstehen die Schwierigkeiten Englands mit seinem Verbündeten im fernem Osten, die eines Tages kommen müßten. Noch ist der europäische Krieg nicht zu Ende, und schon türmen sich in Asien neue Verwicklungen auf. Werden neue blutige Opfer vermieden werden können? (s)

Wirkungen des Militarismus in England.

Recorder macht im „Labour Leader“ auf den „schlimmsten Skandal“ im neuen englischen Militärdienstgesetz aufmerksam. An-

geblich seien keine Unterschiede zwischen den wohlhabenden und den beschlossenen Klassen gemacht worden, sehe man aber genauer hin, so werde man finden, daß die Söhne wohlhabender Eltern erst mit neunzehn, Arbeiterjöhne jedoch bereits mit achtzehn Jahren eingezogen würden. Der Grund sei ein doppelter. Einmal müsse der Anabe, der nach Eton und Harrow gehe (Unberühmten) von der Unannehmlichkeit befreit werden, als Gemeiner dienen zu müssen, und zweitens müsse es ihm ermöglicht werden, seine Ausbildung zu vollenden. Das sei im Parlament, so unglaublich es scheine, ganz klar durch verschiedene Anfragen festgestellt worden. So erklärte Mr. Long, daß ein Anabe, der eine öffentliche Schule besuche und in ein der Schule angegliedertes sogenanntes Kadettenkorps, die als Offiziersausbildungskorps gelten, eintrete, die Erlaubnis habe, bis zur Vollendung des neunzehnten Jahres im Kadettenkorps zu bleiben. Mit neunzehn Jahren gingen sie dann automatisch in die Armee über.

Kun haben aber nur die sehr wohlhabenden öffentlichen Schulen in England solche Kadettenkorps, sie sind Arbeiterkindern ohne weiteres verschlossen. Dann ist aber auch noch eine Bestimmung im Gesetz, daß niemand zum Offizier gewählt werden kann, der nicht das Alter von 18½ Jahren erreicht hat. Nützen also die Söhne der Reichen mit 18 Jahren in die Armee einzutreten, so müßten sie mindestens ein halbes Jahr als Gemeine dienen, und das würde natürlich für ihre Eltern, und alle die Bekannten, die mit Henderson und Mr. Roberts auf der Schachamissobank im Parlament saßen, ein unerträgliches Gebanke sein. Die Sache wird ganz anders, wenn die Kadettenkorps, wie es geschieht, als Offiziersausbildungskorps anerkannt werden und die jungen Leute die Erlaubnis haben, bis zum 19. Jahre dort ihre Studien fortzusetzen. So sind gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Der junge Mann hat ein Jahr gewonnen, und er tritt als Offizier in die Armee ein.

Freilich Demokratie ist das gerade nicht, und es wäre wohl nötig gewesen, daß sich die Arbeiterpartei mit dieser Frage sehr entschieden beschäftigt hätte.

Zu einem öffentlichen Skandal wird auch die Behandlung der Dienstverweigerer in England. Man darf nicht außer acht lassen, daß das Gesetz ausdrücklich ihre Dienstbefreiung vorgesehen hat. Belanlich war es aber in das freie Ermessen der Militärtribunale gelegt, die Gewissensbedenken eines Mannes als begründet anzuerkennen und ihm das Befreiungszertifikat auszustellen oder die Anerkennung zu verweigern. Selten hat dann ein Appell an das Obertribunal genützt, die jungen Leute wurden eingezogen, und da sich viele von ihnen weigerten, Dienst zu tun und den militärischen Befehlen nachzukommen, weil sie es nicht mit ihrer Religion und mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten, wurden sie ins Gefängnis gesteckt und hatten dort in der ersten Zeit schwere Mißhandlungen zu erdulden. In der letzten Zeit soll es damit besser geworden sein, besonders weil die Bewachungstruppen die Aufrichtigkeit und den Ernst der Leute mit Gewissensbedenken erkennen und respektieren.

Siebzehn von den Dienstverweigerern sind nach Frankreich an die Front gefandt worden, und auf die Anfrage des Genossen Snowden im Parlament, ob diese jungen Leute bei Dienstverweigerung erschossen würden, gab es nur sehr ausweichende Antworten, die darauf schließen ließen, daß man sie die volle Strenge des Gesetzes fühlen lassen will. „Labour Leader“ macht nun weitere Mitteilungen, wie sich das Gescheh dieser jungen Leute gestaltet hat.

Der Vater des einen, der seinen Sohn besuchen wollte, erhielt in Harwich nach langen Formalitäten die Auskunft, daß sein Sohn nach Felixstowe gefandt worden sei. Er reiste dorthin und hier wurde ihm gesagt, daß er gerade am Morgen nach Frankreich transportiert worden sei. Der Mutter eines jungen Lehrers ging es ebenso. Einige der jungen Männer konnten noch vor ihrer Abreise an ihre Angehörigen schreiben. Vor allem wurde aber die Versendung nach Frankreich durch einen Zug Männer aus einem Nichtkämpferkorps bestätigt, die berichteten, daß sie zehn Conscientious Objectors in Harwich unter bewaffneter Eskorte aus dem Gefängnis geführt und in einen Zug nach Frankreich gebracht wurden, und zwar am Montag, den 8. Mai, und daß siebzehn von ihrer eigenen Zahl (der Männer aus dem Nichtkämpferkorps) von dem Zug zurückgezogen wurden, um für die Conscientious Objectors Platz zu machen! Daraus geht deutlich hervor, daß kein dringendes Bedürfnis für gerade diese Männer an der Front vorlag, und daß man sie aus andern Gründen an der Front haben wollte.

Was wird nun mit ihnen geschehen? Am 8. Mai war das ganze Lager zu Kinnel Park versammelt, um den Gerichtsprozeß des Kriegsgerichts über eine Anzahl Dienstverweigerer zu hören. Er lautet durchweg auf zwei Jahre harte Arbeit. Der Oberst wandte sich nach Verkündung des Urteils besonders an die Leute mit Gewissensbedenken und mahnte sie, „Nichtkämpfer-Arbeit“ zu übernehmen. Er deutete an, daß sie in kurzer Zeit nach Frankreich gefandt werden könnten und meinte, sie müßten ja, daß es keine zwei Arten der Behandlung dort für sie gebe. Der Kaplan zu Kinnel sagte den Müttern von zwei der verurteilten Männer dasselbe, als sie ihre Söhne besuchten, aber mit größerer Offenheit. Er sagte bestimmt, daß sie in Frankreich erschossen würden.

Andern erging es ähnlich, und der „Labour Leader“ ist in der Lage, noch manche Beweise für das illegale Vorgehen der Militärbehörden zu geben. Rahezu dreihundert junge Leute sind jetzt in militärischer Gefangenschaft. Einzelne werden gut behandelt, man gibt ihnen keine Befehle, deren Erfüllung sie verweigern müssen, an andern Orten dagegen haben die Gefangenen eine sehr harte Aussicht und sehr schlechte Behandlung. Wie tief und fest muß die Ueberzeugung dieser jungen Leute sein, daß sie sich durch nichts von ihrer ursprünglichen Haltung abbringen lassen.

In England achtete man bisher die Ueberzeugungen Andersdenkender. Der Militarismus scheint auch hier Wandel schaffen zu wollen. Militarismus und Achtung der Ueberzeugung sind eben Dinge, die einander ausschließen. Der Militarismus kennt nur Befehl und Gehorsam.

Lob der Befügigkeit.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben:

Die britische Mission zum Studium der französischen Munitionserzeugung — von ihren vier Mitgliedern vertrat J. L. Brownlie von der Maschinenbauergewerkschaft sogusagen die Arbeiterschaft — hat jetzt Bericht erstattet. Ueber die Arbeitsverhältnisse sagt der Bericht u. a.: „So gut wie alle Fabriken machen Tag- und Nachtschichten mit nur einundneinhalb Stunden Etpausen und ohne freien Sonnabendnachmittag. In den meisten Betrieben arbeiten die Frauen ebensolange wie die Männer, machen aber gewöhnlich keine Nachtschicht, außer wo drei Schichten täglich gemacht werden. Der Umstand, daß sich die meisten Fabriken auf ein einziges Produkt oder eine kleine Zahl von Produkten spezialisiert haben, ermöglicht eine befriedigende Verwendung ungelernter Arbeiter. Die Arbeitsleistung der Frauen erreicht bei leichteren Arbeiten die der Männer, aber bei schwereren Arbeiten sind die Frauen einer größeren Anstrengung unterworfen, als man sie in England für angezeigt hält. Sie erhalten die gleichen Stücklöhne wie die Männer. Die „Verbindung der Arbeit“, d. h. die Aufhebung der Bestimmungen über die Verwendung von Frauen, Jugendlichen und Ungelernten hat nicht Schwierigkeiten gemacht wie in England und die gewerkschaftlichen Bestimmungen über Löhne und Arbeit sind tatsächlich aufgehoben.“ Die Mission schreibt die Steigerung der Produktion einzig der patriotischen Begeisterung zu und möchte diese offenbar den englischen Arbeitern als Muster vorhalten.

Interessant ist auch folgende statistische Mitteilung. Von 1868 in einer Fabrik beschäftigten Frauen waren 400 vor dem Krieg in ihrer Hauswirtschaft tätig, 411 waren Fabrikarbeiterinnen, 470 Näherinnen, Schneiderinnen usw., 126 Handelsangestellte, die übrigen Blumenmacherinnen, Stenographinnen, Stickerinnen usw.

Die Differ der 400 Hausfrauen zeigt, wie umwälzend auch in England der Krieg auf die soziale Existenz der Frau wirkt.

Schließlich gibt der Bericht auch eine Lohnabelle in englischer Währung. Danach betragen die Tageslöhne in der französischen Munitionindustrie durchschnittlich:

Männer:	
Tagelöhner . . . 4 s 4½ d =	£ 5,25
Maschinenisten . . . 7 s 7 d =	„ 8,10
Gelernte . . . 9 s 0 d =	„ 10,80

Frauen:	
Mindestlohn . . . 2 s 7 d =	£ 3,10
Mittel . . . 4 s 4 d =	„ 5,20

Die offenkundig auf Stimmungsmache abzielende Tendenz des Berichts kann die Ungleichheit zwischen Männer- und Frauenlöhnen nicht verbergen. Man hat überdies nach den Klagen, die in der französischen Arbeiterschaft laut geworden sind, Anlaß zur Vermutung, daß man die englische Mission nicht dorthin geführt hat, wo die Dinge weniger günstig stehen. Der Abstand zwischen den Männer- und den Frauenlöhnen zeigt auch, daß die — oben vermerkte — Gleichheit des Stücklohnes in der Praxis nicht viel bedeutet. Auf jeden Fall strafen schon die mitgeteilten Ziffern, zusammengestellt mit der Tatsache der auch in Frankreich sehr bedeutenden Teuerung, die Berichte mancher bürgerlicher Blätter auch des neutralen Auslands Rügen, als ob der Krieg in die französischen Arbeiterfamilien einen neuen Wohlstand gebracht hätte.

Die italienischen Sozialisten gegen die russische Kriegspartei.

Russische Dumamitglieder besanden sich auf einer Besuchsreise in Italien. Bei ihrer Ankunft in Mailand am 2. Juni wurden sie von den Spitzen der Behörden und Vertretern zahlreicher Körperschaften empfangen. Unter den zum Empfang erschienenen Personen befanden sich auch der sozialistische Bürgermeister und zwei Mitglieder der sozialistischen Stadtverwaltung von Mailand, was den „Avanti“ veranlaßt, scharf gegen diese Parteigenossen zu protestieren. Die Europa bereisenden Dumamitglieder gehörten der Kriegspartei an und das erste, was der Bürgermeister von Mailand diese Leute hätte fragen sollen, wäre gewesen, warum sie nicht dafür gefolgt hätten, daß ihre sozialistischen, in Sibirien schmachtenden Kameraden der Duma mitkommen konnten. Der „Avanti“ kündigt an, daß die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Mailänder Sozialistenvereins zur Sprache gebracht werden wird, und er zweifelt nicht daran, daß die Genossen scharfe Maßregeln ergreifen werden. Sollte die Partei, wie es wahrscheinlich ist, die Ausstoßung des Bürgermeisters Caldara aus der Partei beschließen, so wären dieser und die gesamte sozialistische Stadtverwaltung genötigt, zurückzutreten.

Bulgarische Stimmen über den Frieden.

Sofia, 4. Juni. „Echo de Bulgarie“ erblidt in den militärischen Operationen der letzten Woche sowie in den verschiedenen Erklärungen, welche in den kriegführenden Ländern sowie in Amerika abgegeben wurden, ein sicheres Anzeichen für eine Entwicklung im Sinne des Friedens. Das Blatt schreibt: Die Entente verlor ihr Spiel durch die Macht ihrer Gegner und ihre eigene Unfähigkeit. Andererseits gaben die Sieger im Bewußtsein ihrer Kraft den Wunsch kund, den Kampf einzustellen. Den Beweis für eine Entwicklung im Sinne des Friedens erblidt das Blatt darin, daß Grey im Verlaufe von vierzehn Tagen gezwungen war, seine Sprache zu mähigen und heute nicht mehr die Vernichtung Deutschlands fordert, sondern nur das Zugeständnis, daß die Entente nicht besiegt sei. Infolgedessen billigt das Blatt den Friedensbestrebungen Wilsons ernsthafteste Ausichten auf Erfolg zu und erwartet, daß die Ententevölker von ihren Leitern die Annahme des Verhörungsangebots verlangen werden, da diese sie nicht zum Siege führen könnten. In demselben Sinne sprechen sich „Mir“ und „Dnebnik“ aus. „Boeni Zvezdista“ betont, daß die von Wilson aufgestellten Bedingungen betreffend die Unabhängigkeit der kleinen Staaten, die Selbstbestimmung der Nationen, die Freiheit der Meere und die Sicherung des Friedens stereotype Formeln sind, welche auch von der Entente benutzt werden, daß sie aber sehr verschieden ausgelegt werden können und ihrer Durchführung große Schwierigkeiten entgegenstehen. „Boeni Zvezdista“ schreibt: Wilson weiß, daß Deutschland und seine Verbündeten sich nicht endlosen Verhandlungen auf internationalen Kongressen aussetzen können. Wichtig ist, daß Amerika sich der Vormundschaft Englands nicht unterwerfen will, aber Wilson untergrub durch seine scharfe Rote an Deutschland das Vertrauen der Mittelmächte und schuf selbst Hindernisse für seine Vermittlerrolle. Von seiner Initiative bis zum Frieden ist noch ein sehr weiter Weg.

Kriegsbekanntmachungen.

Einschränkung des Postverkehrs mit Griechenland.

Amtlich. Berlin, 5. Juni. (B. L. W.) Aus Mangel an gesicherten und ausreichenden Beförderungsmöglichkeiten hat der Postverkehr nach den von den feindlichen Mächten besetzten Orten und Gebieten Griechenlands bis auf weiteres aufgehört und nach den übrigen Teilen Griechenlands auf gewöhnliche Briefe, Postkarten und politische Zeitungen beschränkt werden müssen. Die hienach unzulässigen Sendungen sowie alle Sendungen, deren Beförderung wegen zeitweiser Unterbrechung des Postausstauschs mit Griechenland nicht angängig gewesen ist, werden den Aufseheren von den Postanstalten zurückgegeben. Auch für die angefallenen Sendungen haben die Abiender wegen der Schwierigkeiten bei der Postbeförderung nach Griechenland mit zeitweiliger Unterbrechung des Postverkehrs und mit Verzögerungen zu rechnen.

Letzte Nachrichten.

Der Untergang des „Warrior“.

London, 5. Juni. (B. L. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Ueberlebende vom „Warrior“, die in Devonport interviewt wurden, erzählten, daß ihr Schiff kurz nach 8 Uhr ins Gefecht kam. „Warrior“ und „Defence“ gerieten zwischen zwei Linien deutscher Schlachtschiffe. Die „Defence“ flog in die Luft, der „Warrior“ wurde mit Kugeln durchstößt. Der Feind gebrauchte Gasbomben. Nach 17 Minuten dampften die deutschen Schiffe, versetzt von Schiffen der britischen Schlachtflotte, weg. Der „Warrior“ begann Wasser zu machen, so daß die Besatzung an die Pumpen gestellt wurde, bis schließlich ein Hilfsfahrzeug hinzukam. Die Vermundeten wurden nach diesem Schiff gebracht, und der „Warrior“ wurde 48 Stunden lang geschleppt. Dann stellte sich heraus, daß das Schiff verloren war. Das Schlepppau wurde gelappt, und der Dampfer sank. In Plymouth erklärte einer der Geretteten, daß der „Warrior“ ein gewaltiges Feuer von fünf deutschen Schiffen der Dreadnought-Klasse und von 20 Zerstörern auszuhalten hatte.

Harmouth für die neutrale Schifffahrt gesperrt.

Christiania, 5. Juni. (L. U.) Der norwegische Generalkonsul in London meldet: Harmouth ist vom 1. Juni ab für die neutrale Schifffahrt gesperrt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Der Rundscheifer L. von der Firma S. will seinen Kriegsschein, weil er in eine andere Abteilung versetzt wurde und nicht mehr als Rundscheifer sondern als Fräser, noch dazu mit weniger Lohn beschäftigt werden soll. Die Aussprache ergibt, daß es sich nur um einige Stunden gehandelt hat, da eine augenblickliche Erhöhung eingetreten war. Es erfolgt eine Verständigung. Die Notwendigkeit der Erteilung eines Kriegsscheins lag nicht vor.

Der Dreher S. von der Firma E. G. will aufhören, weil ihm für verbotene Arbeit ein Abzug gemacht werden sollte. Die Feststellungen ergeben, daß die Vorkläre nicht ganz intakt war, und erfolgt eine Verständigung dahin, daß der Abzug zurückgenommen wird. Damit war die Sache erledigt.

Der Dreher F. von der Firma E. u. S. will aufhören, weil er zu wenig verdient. Es wird festgestellt, daß der Dreher bislang noch keine Erhöhung seines Lohnes gefordert hat. Dem Dreher wird aufgegeben, sich zunächst mal mit seiner Forderung auf Lohnhöhung an die Firma zu wenden. Da der Vertreter der Firma erklärt, daß wenn der Dreher eine Lohnhöhung fordert, die Firma durchaus zum Entgegenkommen bereit ist, liegt keine Veranlassung vor, den Kriegsschein zu erteilen.

Die Dreher A. und K. von der Firma H. fordern ihren Kriegsschein, weil sie zu wenig verdienen (1,05 M. pro Stunde Lohn). Die Sache wird zur nochmaligen Verhandlung an den Betrieb zurückverwiesen und steht der Kriegsausschuss auf dem Standpunkt, daß die Firma den Dreher mehr Lohn zahlt oder wenn sie glaubt, das nicht zu können, ihnen den Kriegsschein erteilt.

Der Schlosser S. von der Firma H. Flugzeugwerke, will seinen Kriegsschein, und da von der Firma niemand erschienen ist, wird dem Schlosser der Schein erteilt.

Der Schlosser S. von der Firma D. E. will aufhören, weil er zu wenig verdient und die Arbeit ihm auch zu schwer ist. Der Kriegsausschuss findet das Verlangen des Schlossers berechtigt und erklärt sich daraufhin die Firma bereit, dem Schlosser den Kriegsschein zu erteilen.

Der Schlosser A. von der Firma B. will aufhören, weil er keine Zulage bekommt. Auch hat er andere Arbeit bekommen und ist der Meinung, daß dies eine Ungerechtigkeit ihm gegenüber ist. Im Verlaufe der Auseinandersetzung erfolgt eine Verständigung. Danach bekommt der Schlosser seine alte Arbeit, und wenn er seinen Kollegen in der Leistung gleichkommt, erhält er auch den gleichen Lohn wie sie (1,82 M.). Die Erteilung eines Kriegsscheins war somit unnötig.

95 Dreher, Revolverdreher und Rundscheifer von der Firma S. wollen Aufbesserung ihrer Alfordpreise. Nach längerer Auseinandersetzung wird die Sache an den Betrieb zurückverwiesen, damit die Parteien durch Verhandlungen untereinander zunächst noch einmal versuchen, eine Verständigung zu finden.

Leuerungszulagen in den Küchenmöbelbetrieben.

Die Küchenmöbelmacher haben kürzlich die Gewährung von Leuerungszulagen gefordert. Sie werden deswegen am heutigen Dienstag mit den Unternehmern verhandeln.

Weshalb erklärt sich eine gut besuchte Versammlung der Küchenmöbelmacher ebenfalls für die Forderung von Leuerungszulagen. Daß die Bewilligung dieser Forderung eine Notwendigkeit ist, bedarf angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse keiner besonderen Begründung. Die Versammlung beschloß einstimmig, in allen Betrieben, wo noch keine Leuerungszulage in Höhe von 15 Proz. bezahlt wird, die Forderung einer löpzigprozentigen Zulage den Unternehmern im Laufe dieser Woche zu unterbreiten.

Ausland.

Konferenz der Pariser Gewerkschaften.

Paris, 1. Juni. Die dritte Tagung der Konferenz der Gewerkschaften des Seinedepartements fand am 28. Mai im Gewerkschaftshaus statt. Die Delegierten beschäftigten sich hauptsächlich mit der Einwanderung fremder Arbeiter. Nach sehr langen Beratungen wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Die Einführung fremder Arbeiter hängt von der Zustimmung einer Kommission ab, die die Frage untersuchen soll, ob das Verlangen der Unternehmer nach fremden Arbeitern den tatsächlichen Bedürfnissen entspricht. Diese Kommission bestimmt die Höchstzahl der einzuführenden Arbeiter. Sie beaufsichtigt den Abschluß von Verträgen, in denen Lohn, und Arbeitsbedingungen auf genaueste Weise angegeben werden müssen.“

Die Kommission setzt sich zusammen: 1. aus einem Delegierten jedes interessierten Ministeriums (des Auswärtigen, des Inneren, des Handels, der öffentlichen Arbeiten, des Innern, der Justiz); 2. aus einem Delegierten des Hauptamtes der Stellenanweisung der Departements; 3. aus Delegierten, die die Arbeiter- und Unternehmerverbände zu gleicher Zahl vertreten. Die Anwerbsagenten müssen sich im Auslande mit den betreffenden Arbeiterorganisationen der Auswanderungsländer in Verbindung setzen. Die Unterzeichnung der Verträge geschieht in Gegenwart der Vertreter der betreffenden Arbeiterorganisation. Eine Abschrift des Vertrages soll bei der lokalen Gewerkschaft oder in der Arbeitsbehörde niedergelegt werden. Die Löhne und Arbeitsbedingungen der ausländischen Arbeiter dürfen nicht unter das Niveau der französischen überschritten oder der tarifmäßig festgelegten sinken. Sämtliche Beschränkungen, die in unserer Sozialversicherung und Sozialfürsorge den ausländischen Arbeitern auferlegt wurden, müssen abgehafft werden. Die ausländischen Arbeiter dürfen wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht ausgewiesen werden. Gegen Ausweisungsbefehle soll beim Zivilgericht Berufung eingelegt werden dürfen. Die ausländischen Arbeiter sollen volle Gewerkschaftsrechte genießen und auch in die Gewerkschaftsleitung gewählt werden dürfen.“

Die Konferenz sprach den Wunsch aus: 1. daß die Regierung bald daran gehen möchte, paritätische und berufsmäßige Arbeitsnachweise zu organisieren; 2. daß Regeln zu erlassen für die mobilsten französischen Arbeiter, die nach Ende des Krieges ins Ausland zurückkehren werden; ebenso für die ausländischen Arbeiter, die sich gegenwärtig in Frankreich befinden.

Da die Konferenz keine Zeit mehr hatte, sich mit der Frauenarbeit zu beschäftigen, so wird eine vierte Tagung am 3. Juni stattfinden.

Aus der Partei.

Dr. Lensch's Extraditionen.

Der Aktionsausschuss der Deutschen Kolonialgesellschaft veranstaltet demnächst einen Kolonialpolitischen Abend, bei dem die Vertreter der großen Reichstagsfraktionen sprechen werden. Es haben Referate übernommen: von den Freisinnigen Stadtrat Dr. Wiemer, vom Zentrum Amtsdirektor Dr. Schwarz, von den Nationalliberalen Dr. Stresemann und von den Sozialdemokraten Dr. Lensch.

Ist es zu fragen gestattet, ob Dr. Lensch als Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion oder auf eigene Faust — wie vor einigen Wochen in der Deutschen Gesellschaft 1914 — an der Veranstaltung der Deutschen Kolonialgesellschaft mitwirken wird? —

Die „Vossische Zeitung“ meldet: Paul Lensch, der ehemalige Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, M. d. R., gibt bei

S. Vogel in Leipzig ein Verzeichnis: „Die Sozialdemokratie“. Ihr Ende und ihr Glück. — Der Titel klingt zwar etwas stark nach Rinobramatt, ist aber doch recht vielversprechend.

Zum Ausschlußverfahren gegen Legien.

Vom Rechtsanwalt Dr. Heinemann ging uns folgende Aufzählung zu:

Berlin, 3. Juni 1916.

An die Redaktion des „Vorwärts“, Berlin.
Namens und im Auftrage des Herrn Reichstagsabgeordneten Karl Legien erlaube ich in Gemäßheit des § 11 des Preßgesetzes gegenüber dem Artikel in der 2. Beilage des „Vorwärts“, Nr. 150 vom 1. Juni 1916: „Zum Ausschlußverfahren gegen Legien“ die in der Anlage beigefügte Verächtigung aufzunehmen.

Hochachtungsvoll

Dr. Heinemann, Rechtsanwalt,
Friedrichstr. 48, Berlin.

Die Verächtigung lautet:
Es ist nicht wahr, daß ich in dem Jahlabend vom 14. Juli 1915 das Parteimitglied Oerter einen Polizeispitzel genannt habe. Wahr ist vielmehr, daß das Wort „Polizeispitzel“ nicht von mir, sondern von dem Denunzianten gebraucht wurde, durch den die Angelegenheit erst an den Kreisvorstand gebracht worden ist.

Es ist nicht wahr, daß ich am nächsten Jahlabend die Beschuldigung wiederholt habe. Wahr ist vielmehr, daß ich eine von mir gar nicht getane Äußerung nicht wiederholen konnte.

Es ist nicht wahr, wie drei Genossen als Zeugen übereinstimmend behauptet haben, daß ich bei der Verichterstattung im Juli Jahlabend diese Äußerung wiederholt habe. Wahr ist vielmehr, daß die angelegliche Verächtigung im Juli Jahlabend erfolgt sein soll und ein zweiter Juli Jahlabend nicht stattgefunden hat.

Es ist nicht wahr, daß ich darauf hingewiesen bin, daß mein Verhalten die Einheit der Partei und die Interessen der Organisation gefährde. Wahr ist vielmehr, daß an mich lediglich die Anforderung gestellt wurde, mich zur Aburteilung vor organisationswidrig eingesezte Instanzen zu stellen.

Es ist nicht wahr, daß ich „zu dieser Angelegenheit“ in Niederjohannhausen kräftige Worte gegen abwesende und anwesende Parteigenossen, mit deren Ansichten ich nicht übereinstimme, gebraucht habe. Wahr ist vielmehr, daß ich in einer Sitzung der Bezirksleitung Niederjohannhausen am 12. Juli 1915, also zwei Tage bevor die Verächtigung gefallen sein soll, den nicht anwesenden Reichstagsabgeordneten des Kreises Niederbarnim, Stadthagen, gerade entschuldigend habe, indem ich unter Hinweis auf meine bisher von keiner Seite widersprochene Erklärung im „Correspondenzblatt der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands“ vom 20. Februar 1915 betonte, daß diesen kein Vorwurf treffe, da ihm der Schutz des die Unzurechnungsfähigkeit regelnden § 51 des Strafgesetzbuches zur Seite stehe. Ferner wandte ich mich in dieser selben Sitzung der Bezirksleitung, die über meinen Antrag verhandelte, einen unter Verletzung des Organisationsstatuts zustande gekommenen Beschluß einer Mitgliederversammlung aufzuheben, gegen die im „Vorwärts“ vom 1. Juni 1916 genannten beziehungsweise fennlich gemachten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Schwarz und Herzfeld, und zwar, weil sie in der Eingabe vom 9. Juni 1915 enthaltenen, von mir als verleumderisch bezeichneten Behauptungen gegen mich und die große Mehrzahl der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit ihrem Namen gezeichnet hätten.

Es ist nicht wahr, daß ich zum Genossen Rowlofski geäußert habe: „Warte man, komme nur in den Reichstag, da werden wir Dir Dein großes Maul schon stopfen.“ Wahr ist vielmehr, daß sich ein Mann, der sich Rowlofski nennt, mir, soweit meine Erinnerung reicht, nicht bekannt ist. Deshalb konnte ich seine geistigen Fähigkeiten auch nicht soweit beurteilen, daß ich von ihm voraussehen konnte, daß es ihm möglich sei, in den Reichstag zu kommen. Wahr ist nur, daß ich einem Genossen, dessen Namen ich nicht kenne, am Schluß eines Jahlabends gesagt habe: „Wartet nur, bis der Burgfriede aufhört und wir in aller Öffentlichkeit die ganze Gewissenlosigkeit darlegen können, mit der Ihr Eure Verleumdungen gegen die Parteimehrheit in Wort und Schrift verbreitet habt. Dann wird Euch das große Maul schon gestopft werden.“

Es ist nicht wahr, daß der Zentralvorstand von Groß-Berlin aus formellen Bedenken den ersten Beschluß der Kreis-Konferenz von Niederbarnim gegen mich aufgehoben und den Ausschlußantrag an den Wahlverein Niederbarnim zurückverwiesen hat. Wahr ist vielmehr, daß der Zentralvorstand ein Schiedsgericht beauftragt hat, mich zu einer Verhandlung zu laden. Die Teilnahme an dieser auf den 20. Oktober 1915 festgesetzten Verhandlung ist von mir unter Hinweis auf die §§ 26 und 27 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgelehnt worden.

Es ist ferner nicht wahr, daß ich eine Einladung zu einer Kreis-Konferenz zum 1. Januar 1916 erhalten habe. Wahr ist vielmehr, daß ich in einem am 7. Januar 1916 zur Post gegebenen Brief am 8. Januar 1916 eine Einladung erhielt, durch die ich zur Teilnahme an einer am demselben Tage, also am 8. Januar, stattfindenden Kreis-Konferenz aufgefordert wurde.

Die im „Vorwärts“ vom 1. Juni 1916 enthaltene Mitteilung des Wahlvereins Niederbarnim läßt ferner unerwähnt, daß mit der Obmann der Bezirks-Schiedskommission Groß-Berlin, Laufant, und zwar, wie er ausdrücklich schreibt, im Auftrag des Zentralvorstandes, unter dem 12. April 1916 mitgeteilt hat: „Der sozialdemokratische Wahlverein Niederbarnim hat gegen Sie beim Zentralvorstand Groß-Berlin den Antrag auf Ausschluß aus der Partei gestellt.“ Ich werde dementsprechend zu einer Sitzung auf den 19. April geladen. Diese Mitteilung Laufants war unklar, denn nicht der sozialdemokratische Wahlverein Niederbarnim hat gegen mich beim Zentralvorstand Groß-Berlin den Antrag auf Ausschluß aus der Partei gestellt, vielmehr hat dies die Kreis-Konferenz getan, der weder durch Statut, noch durch Generalversammlungsbeschluss des Kreises die Vertretung des Kreises übertragen worden ist. Ich habe deshalb unter dem 10. April 1916 dem Genossen Laufant geantwortet: „Nach dem Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gibt es nur ein Ausschlußverfahren (§§ 27 und 28 des Organisationsstatuts). Als Funktionär der sozialdemokratischen Partei sind Sie verpflichtet, nach diesem Organisationsstatut zu handeln. Erst dann, wenn nach diesem Statut verfahren wird, darf ich mich als Mitglied der Parteiorganisation an Verhandlungen beteiligen, die auf ein Ausschlußverfahren Bezug haben.“

Berlin, den 3. Juni 1916. C. Legien.
Während ich vorstehende Verächtigung auf Grund des Preßgesetzes zu fordern berechtigt bin, füge ich nunmehr noch hinzu:

Ich sah dem ganzen Ausschlußverfahren gegen mich mit größter Ruhe entgegen und glaube, daß die Angelegenheit durch die organisationsgemäßen Instanzen glatt erledigt werden würde. Dadurch aber, daß der „Vorwärts“ einseitig Spalten für ein noch nicht abgeschlossenes Strafverfahren verwendet, ersehe ich, welche Bedeutung der „Vorwärts“ der Sache beimißt. Trotz des uns allen bekannten Raummangels des „Vorwärts“ halte ich mich deshalb für verpflichtet, die vorstehende Verächtigung zu verlangen und für berechtigt, zu erfragen, daß auch der folgende Nachsatz Aufnahme findet:

Die ganze Angelegenheit hätte, wenn der gute Wille bei den Arranguren der Staatsaktion vorhanden gewesen wäre, sich durch wenige Worte erledigen lassen, indem man mich gefragt hätte, ob ich die Äußerung gegen Oerter tatsächlich gemacht habe. Daß ganze hochnotpeinliche Verfahren einschließlich der ungeheuerlichen, ihrem Zwecke nach sehr durchsichtigen Behauptung, daß ich die Parteibeiträge nicht bezahlt habe, erklärt sich aber daraus, daß ich dafür bestraft werden soll, weil ich in der Versammlung vom 27. Januar 1915 im Gewerkschaftshaus das bekannte Referentmaterial des Bildungsausschusses von Niederbarnim weiteren Kreisen bekanntgegeben und ferner nachgewiesen habe, daß der Ab-

geordnete von Niederbarnim, Stadthagen, sich wiederholt einer verleumderischen Beleidigung der General-Kommission schuldig gemacht hat.

Berlin, den 3. Juni 1916.

C. Legien.

Wir haben diese Zuschrift, obgleich sie nicht den Bedingungen des § 11 des Preßgesetzes entspricht, wiedergegeben, weil sie einen interessanten Beitrag zur Selbstcharakterisierung Legiens bildet. Die ganze „Staatsaktion“ wäre jedenfalls vermieden worden, wenn Legien sich ebenso, wie man es von jedem einfachen Parteigenossen verlangt, seiner Organisation gestellt hätte.

Homo „Verteidigung“.

Wir hatten vor einiger Zeit einen Bericht der J. A. über die zweite Zimmerwalder Konferenz gekennzeichnet und unser Urteil dann auf die Quelle der J. A., einen Artikel von Homo (Grumbach) in der „Humanität“, ausgedehnt. Grumbach sendet uns eine längere Entgegnung, der wir zunächst die Behauptung entnehmen, daß sich Grumbachs Bericht über die Haltung des Genossen Brizon auf Informationen stützt, die Brizon selbst in Anwesenheit eines Schweizer Genossen Grumbach gegeben hat. Es ist Sache des Genossen Brizon, festzustellen, ob er wirklich das gesagt hat, was Grumbach ihm in den Mund legt. Wir zweifeln um so mehr daran, als Grumbach selbst zugestehet, daß sein Bericht über Brizons Haltung auf der Konferenz in traktatm Widerpruch steht zu dem im Zimmerwalder Manifest enthaltenen Forderungen an die sozialistischen Abgeordneten aller Länder.

Grumbachs Verächtigung fährt dann fort:
„In meinem Artikel sind zwei materielle Irrtümer enthalten:

a) Die Behauptung, daß die im Anschluß an das Manifest gutgeheißenen Prinzipienklärung von den Sozialisten der verschiedenen Länder fordere, alle Steuern abzulehnen, welches auch ihr Charakter sein möge.

In diesem Punkt habe ich allerdings mißverstanden, da ich aus den Worten des Genossen Brizon glaube schließen zu müssen, es wären diejenigen Steuern, die von einer bestimmten Gruppe der deutschen Opposition vorgelegt wurden und die eine grundsätzliche Ablehnung aller Steuern enthielten.

b) Die Behauptung, daß der Vorkan keinen Vertreter habe schicken können. In Wirklichkeit hat Genosse Kaplerowitsch Serbien vertreten.

Was den Rest des Artikels betrifft, möchte ich Sie dringend bitten, mir doch nachzuweisen, was „Mitsch“ ist, „erlogen“ oder „gehässig entstellt“. Dabei ist Sie aber bitte, sich an meinen Artikel zu halten und nicht an den „gekürzten“ Auszug der J. A., der u. a. einen Sach enthält, den Sie umsonst in meinem Artikel suchen werden und der davon spricht, daß die französischen Abgeordneten von den Deutschen verlangt hätten, sie sollten Deutschland als das allein schuldige Land erklären. Vielleicht hat die J. A. besondere Informationen darüber, die sie bekanntgeben wird. Ich weiß von einem solchen Verlangen jedenfalls nichts.“

Grumbach hat sich nach eigenem Verständnis bei Abfassung seines Berichtes vollkommen darüber im unklaren befunden, was die Prinzipienklärung enthielt und wogegen Genosse Brizon polemisiert haben soll. Seine Mißverständnisse betreffen aber nicht diesen wesentlichen Punkt allein. Wer so schlecht „hören“ kann wie Grumbach, muß es sich dabei schon gefallen lassen, daß man seinen Bericht, der schwere Irrtümer enthält und im ganzen tendenziös gefärbt ist, als entstellt und verlogen bezeichne.

Stellungnahme zu den Parteidifferenzen.

In einer Sitzung der Parteidiffusionäre und Funktionärinnen von Eberfeld-Barmen wurde nach einem Referat des Genossen Haase folgende Resolution mit 146 gegen 48 Stimmen angenommen:

„Die heutige Sitzung der Parteidiffusionäre und Funktionärinnen lehnt die Politik der Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes mit aller Entschiedenheit ab. Die Sitzung verurteilt scharf die Gewaltpolitik des Parteivorstandes, die sich äußert gegen Angehörige der Widerheit, insbesondere das Vorgehen gegen den „Vorwärts“ und andere Parteioorgane, die nicht die Meinung des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit vertreten. Die Politik des Parteivorstandes muß zur Herrichtung und politischen Demoralisierung der Partei führen; das zeigt sich besonders in der Stellung der Fraktionsmehrheit zum Reichsbereinsgesetz, in dem Vorgehen zur Reichstagsratswahl in Weidenbach-Neurode. Die Sitzung erklärt, daß die vom Parteivorstande betriebene und geförderte Verbreitung von einseitig die Mehrheitspolitik unterstützenden Flugblättern und Broschüren verwerflich ist und der Parteidiffusionäre schweren Schaden bereiten muß. Die Sitzung fordert eine entschiedene politik, wie sie die ganze wirtschaftliche und politische Entwicklung bedingt. Die Sitzung begrüßt alle friedensfördernden Bestrebungen und ist der Auffassung, daß der Parteivorstand nicht genügend in dieser Richtung gewirkt hat.“

Zwei frühere Sitzungen, in denen der Abgeordnete des Kreises, Genosse Ebert, referierte, billigten die Mehrheitspolitik mit 72 gegen 18, später mit 66 gegen 40 Stimmen.

Im Wahlkreis Solingen fand am Himmelfahrtstag die Kreismitgliederversammlung statt, die von etwa 300 Mitgliedern besucht war. Die Polizei hatte verboten, das Thema Krieg zu berühren, der Debatte waren dadurch enge Grenzen gezogen. Genosse Scheidemann, der Vertreter des Kreises im Reichstag, der zu der Versammlung eingeladen war, hatte sich als unabschuldig entschuldigt. Nach längerer Diskussion wurde folgende Resolution gegen 3 Stimmen angenommen:

„Die Versammlung billigt die Haltung des hiesigen Parteivorstandes im verflochtenen Geschäftsjahr; insbesondere tadelt die Versammlung ganz entschieden den Artikel des Genossen Scheidemann in der „Schwäbischen Tagwacht“ und hält die Taktik des Vorstandes in dieser Sache für richtig.“

Von einem Diskussionsredner wurde beantragt, Genossen Scheidemann aufzufordern, sein Mandat niederzulegen. Der Vorsitzende demog aber den Antragsteller, seinen Antrag zurückzuziehen. In den Parteidifferenzen nahm die Versammlung nach fast vierwöchiger Aussprache folgende Resolution gegen 15 Stimmen an:

„Die Kreisparteiversammlung steht nach wie vor auf dem Boden des proletarischen getreu den Beschlüssen der Parteitage und der internationalen Kongresse. Von der Grundlage einer solchen Politik aber, die allein der Sozialdemokratie und den Interessen des Proletariats entspricht, ist die Stellungnahme der heutigen Fraktionsmehrheit weit entfernt. Im Zusammenhang mit dem aufs schärfste zu beurteilenden Vorgehen, welches die Fraktionsmehrheit bzw. der Parteivorstand in grober Verletzung der ihr zustehenden Befugnisse gegen die Genossen der Widerheit beliebt, rechtfertigt die heutige Versammlung die Haltung der 18 Genossen, die sich zur sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben. Wir begrüßen ferner lebhaft die zweite internationale Konferenz in Bern. (Gemeint war Kienthal). Die erweiterte Fraktionsminderheit fordern wir auf, sich bei der Abstimmung über die kommende Kreditvorlage der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft anzuschließen. Im übrigen beschließt die Versammlung, jedwede Spaltungsvorläufe der Organisation auf das entschiedenste zu bekämpfen.“

Ein Zusatzantrag, der den Genossen Scheidemann aufforderte, gegen die neue Kriegskreditvorlage zu stimmen, wurde gegen 10 Stimmen angenommen.

Verächtigung. In die Erklärung des Lichterfelder Wahlvereinsvorstandes hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. In dem Absatz, wo vom Parteivorstand die Rede ist, muß es heißen: „weil wir mit dem Parteivorstand nicht in Verbindung (statt Verbindung) stehen.“

Reichstag und Reichsvereinsgesetz

Der Reichskanzler verteidigt sich gegen die Angriffe auf seine Kriegs- und Friedenspolitik

59. Sitzung. Montag, den 5. Juni 1916, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Helfferich.
Eine Anleihenbescheinigung für die Schutzgebiete und einige Rechnungssachen werden debattelos angenommen.
Es folgt die dritte Beratung des

Kriegskontrollgesetzes.

Abg. v. Brodhagen (L.):

Wir halten die Kontrolle für Heereslieferungen nicht für ausreichend und beantragen deshalb, dem Reichstage das Recht zu geben, die Verträge und Gewinne bei Heereslieferungen unmittelbar durch Einsichtnahme in die Verträge und Bücher selbst zu prüfen. Die Kontrolle durch den Rechnungshof erfolgt viel zu spät, auch nach diesem Gesetz.

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Der Antrag will die Kompetenz des Reichstages an Stelle der Kompetenz des Rechnungshofes setzen. Das scheint nicht angängig.

Abg. Roske (Soz.):

Der konservative Antrag steht mit dem vorliegenden Gesetz tatsächlich nicht im Zusammenhang. Die Erleichterung der Abrechnung, die der Entwurf fordert, hat der Reichstag neulich gelegentlich eines Antrages der Rechnungs-Kommission bei einer Rechnungssache schon beschlossen. Was der konservative Antrag will, das Recht der selbständigen Kontrolle für den Reichstag, hat der Reichstag selbstverständlich, auch ohne diesen Antrag.

Abg. Graf Westarp (L):

beantragt, das Gesetz behufs gründlicher Prüfung des Antrages an die Kommission zurückzuverweisen.

Abg. Baffermann (naff.):

bittet, das Gesetz an die Rechnungs-Kommission zu vertiefen, die die Tragweite des Antrages prüfen soll.
Diesem Antrage wird stattgegeben.
Es folgt die zweite Beratung der

Novelle zum Vereinsgesetz.

Die Novelle beschäftigt sich mit den Jugendlichen, denen der Zutritt zu den Gewerkschaften gestattet werden soll. Die Kommission hat außerdem ein zweites Gesetz beschlossen, das den Sprachenparagrafen aufhebt.

Es liegt auch ein entsprechender noch weitergehender Antrag Bernstein und Genossen (Soz. Arb.) vor.

Abg. Gröber (3):

wünscht eine Wiederholung der von der Regierung in der Kommission abgegebenen Erklärung, wonach das Disziplinarrecht der Schule und das des Lehrherrn gegenüber dem Lehrling durch das Gesetz nicht berührt wird.

Abg. Heine (Soz.):

Wir empfehlen die Annahme des Entwurfs der Regierung sowie des Entwurfs der Kommission. Es handelt sich hier eigentlich nur um ein Gewerkschaftsgesetz, das wir als ein Notgesetz betrachten, gegeben für die Zeit unmittelbar nach dem Kriege, weil der jetzige Zustand nicht in die Zeit nach dem Kriege hineinergesetzt werden darf. Diesem ganz unzulänglichen Gesetz gegenüber befinden wir uns in derselben Lage, wie 1896 gegenüber dem von Baffermann vorgelegten Notvereinsgesetzparagrafen und 1899 bei der Regierungsvorlage betreffs des Verbindungsverbots politischer Vereine. Singer führte damals aus, wir stimmen für das Gesetz, weil damit endlich einmal der erste Schritt zu einem Vereinsvereinsgesetz geschehen sei. Genau so stimmen wir heute dafür, weil damit der erste Schritt der Befreiung der Arbeiterorganisationen von den unwürdigen Fesseln des Vereinsgesetzes geschieht. Bei der Beratung des Vereinsvereinsgesetzes erklärte zwar die Regierung, daß Versammlungen, die sich mit der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen befassen, nicht Politik treiben, und sie glaubte damit gesagt zu haben, Gewerkschaften können nicht als politische Vereine angesehen werden. Auch der vorgelegte Gesetzentwurf hat ihrer Meinung nach nur deklaratorischen Charakter. In Wahrheit schafft er etwas Neues, er beseitigt einen Widerspruch zwischen dem Gesetz und dem tatsächlich herrschenden Zustand. Wäre das Vereinsgesetz von Anfang an von der Rechtsprechung so angewendet worden gegen die Gewerkschaften, wie man es 1913 und 1914 unternommen hat, so hätte sich die Notwendigkeit der Abänderung schon früher auch bei anderen Leuten als bei uns herausgestellt. Während des Krieges hat man die Gewerkschaften sogar von Staats wegen veranlaßt, noch weit mehr auf politische Dinge einzuwirken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz legalisiert, was die Gewerkschaften immer schon getan haben und auch tun müssen.

Man könnte die Frage aufwerfen, warum die Gewerkschaften nicht einfach politische Vereine sein wollen. Das geht nicht wegen des Sprachenparagrafen. Die Gewerkschaften müssen die Jugendlichen an sich heranziehen, und für die Jugendlichen kann es nach der Schulentlassung gar nichts Erpielerlicheres geben, als daß sie sich beizeiten in den Kreis ihrer Berufsgenossen einordnen und dadurch höhere, soziale Pflichten kennen lernen und nicht bloß in Versammlungen und Sonderinteressen aufgehen. Gerade diese Zeit ist für die Jugend die gefährlichste. Die Mitarbeit an ihren Berufsinteressen ist das, was der Jugend am leichtesten verständlich ist und wobei der Jugendliche fühlt, daß er etwas leistet und nicht bloß als Objekt betrachtet wird, wie in den Bildungsbereichen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir nehmen das Gesetz also an, geben aber unsere Forderungen nicht auf, den Sprachenparagrafen und den Jugendparagrafen und den Jugendparagrafen aufzuheben. (Leider erklären die Verbündeten Regierungen, diese Fragen sollen erst bei der Neuorientierung geregelt werden. Wie sich manche diese Neuorientierung vorstellen, beweist ein Aufsatz in der letzten Nummer der „Deutschen Juristenzeitung“ von dem früheren bayerischen Minister Landmann, der sagt, es müsse erst die notwendige Vermehrung des Heeres zu Wasser und zu Lande nach dem Kriege sichergestellt sein gegen die wechselnden parlamentarischen Mehrheiten, ehe an die Aufhebung des Sprachenparagrafen gedacht werden könne. Herr Landmann ist ja Minister a. D. und hoffentlich nicht das Sprachrohr der Regierung. Was auch immer sich als notwendig herausstellen mag für die Verteidigung des Vaterlandes nach dem Kriege: an das Staatsrecht des Reichstages wird keine Regierung tasten dürfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Sprachenparagraf und jedes Ausnahmegesetz gegen irgend welchen Teil der Bevölkerung muß beseitigt werden. Wir begreifen überhaupt nicht, wie man heute noch daran denken kann, derartige Beschränkungen aufrecht zu erhalten. Von allen Seiten niert man geradezu vor dem Volke, das im Kriege seinen Opfermut so herrlich bewährt, dann aber sagt man: Um diesem Volke sein elementarstes

Recht einzuräumen, müssen wir erst allerlei Gegenleistungen und Gott weiß was haben. Die Aufrechterhaltung des Sprachenparagrafen auch während des Krieges ist

das schwerste Unrecht,

es ist ein Zeichen des mangelhaften Willens des mangelnden Wagemuts, der mangelnden Erkenntnis. Wer glaubt, nach dem Kriege den alten Faden weiterspinnen zu können, wird sich sehr täuschen. Wir werden deshalb nicht nur für das Gesetz der Kommission stimmen, sondern mit aller Entschiedenheit auch die Aufhebung der landesrechtlichen Bestimmungen gegen Landarbeiter und der Beschränkungen politischer Vereine verlangen, wie es die Kommission in ihren Resolutionen tut.

Auch nach Annahme dieses Gesetzentwurfs werden Behörden noch sagen: Zwar haben Jugendliche das Recht in Gewerkschaften und ihren Versammlungen zu erscheinen, aber wir verbieten es ihnen auf Grund der Schulordnung oder polizeilicher Sicherheitsmaßnahmen oder was weiß ich. Ich sehe das kommen, und diese Behörden handeln dann bewußt dem Willen des Gesetzgebers entgegen und suchen auf bewußt unehrlichem Wege das Gesetz zu durchkreuzen. Das Gesetz ist nur ein Stückwerk. Wir muhten ihm zustimmen, um es in der Kommission überhaupt durchzubringen und nicht einer Demonstration wegen zu gefährden. Anders steht es mit dem klaren Willen des Reichstages, den Sprachenparagrafen zu beseitigen.

Die Jugend vor jeder Verührung mit der Politik bewahren zu wollen, ist ein ganz vergebliches Bestreben. In der Schule, in der Familie, auf der Straße erfahren sie von politischen Dingen. Wir leben eben in einer Zeit, in der das öffentliche Leben das private überwuchert, und es ist ein Anachronismus, wenn man die ausgesprochen politischen Vereine den Jugendlichen verbietet. Wir behalten uns daher vor, Anträge zu stellen, die das Vereinsgesetz von diesen Beschränkungen reinigen. Vorläufig bitten wir während des Krieges, als Kriegsmaßregel und als Notgesetz dieses Gesetz anzunehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.):

Vereins- und Versammlungszensur möge man unseren Feinden überlassen. Die Kommissionsfassung des Gesetzes bedeutet trotz aller Bedenken einen Fortschritt. Das Gesetz, das der Reichstag 1915 machte, war sicherlich besser, aber leider akzeptiert es die Regierung durchaus nicht. Das Gesetz ist wesentlich deklaratorisch, hat aber auch erhebliche politische Bedeutung. Freilich gibt es überhaupt keine Fassung, die von den Gerichten und Verwaltungsbehörden nicht mißbraucht werden könnte. Diese müssen begreifen lernen, daß es sich hier um ein Vertrauensgesetz handelt gegen die Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber, denen für ihre Dienste während der Kriegszeit der Dank des Vaterlandes gebührt. (Sehr richtig! b. d. Sp.) Wir haben in der Kommission noch ein zweites Gesetz gemacht, das den Sprachenparagrafen, das Polengesetz, aufhebt. Im August 1915 sprach der Reichskanzler aus, daß die Gegensätze zwischen Deutschen und Polen schwinden müßten. Danach ist der Sprachenparagraf nicht mehr haltbar. — Was die Jugendlichen anlangt, so denken wir nicht daran, die ganze Jugend in das politische Leben hineinzuzerren. Nur in die Gewerkschaftsversammlungen sollen die Jugendlichen zugelassen werden. Es muß Sache der Gewerkschaften sein, die Disziplin unter ihren Jugendlichen aufrechtzuerhalten. Kämen sie das nicht, so hätten sie selbst den größten Schaden davon. (Sehr richtig! links.) Im Interesse des Burgfriedens und der sozialen Gerechtigkeit bitte ich alle Parteien um Annahme dieser beiden Gesetze als einer Vertrauensgesetzgebung. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Jund (naff.):

Der Novelle zum Vereinsgesetz als solchen stimmen wir zu, in der Frage der Jugendlichen und des Sprachenparagrafen lassen wir unseren Freunden in der Abstimmung freie Hand.

Abg. Dr. Dertel (L):

Durch die Ausschüßberatungen bin ich sehr enttäuscht. Ich bin nicht aufgeklärt worden darüber, weshalb es denn nötig war, diese Materie trotz des Burgfriedens jetzt aufzurollen. Die angeführten Gerichtsentscheidungen haben unserem Willen als Gesetzgeber durchaus entsprochen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Aber während des Krieges sind ja außerdem solche Entscheidungen gar nicht mehr zu erwarten. Vor allem erscheint uns die Vorlage als der erste zaghafte Schritt in die Rebellräume der sog. Neu-Orientierung. Es handelt sich hier um ein Sondergesetz zugunsten der Gewerkschaften. (Widerpruch b. d. Soz. Arb.) Das hat Herr Legien selbst zugegeben, und seine Autorität ist mir in diesen Tagen doch etwas mehr wert als Sie von diesem Winkel. (Heiterkeit.) Den Gewerkschaften entgegenzukommen, sind auch wir bereit, deshalb haben wir beantragt, daß die Bestimmungen über Anmeldung des Vorstandes und der Einreichung der Satzungen, wie sie für die politischen Vereine gelten, auf die Gewerkschaften keine Anwendung finden sollen. — Wir wollen die Jugendlichen deshalb nicht in die Gewerkschaftsversammlungen hineinlassen, weil die Gewerkschaften bekanntlich die Jugendlichen zum Massenbewußtsein erziehen wollen. Daß dabei auch der Klassenhaß genährt werden kann, wird niemand bestreiten. Gegen die Heranziehung der Jugendlichen in die Lohnkämpfe hat sich auch ein bekannter freisinniger Führer entschieden gewandt. Wenn man die Jugendlichen zur Erörterung wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen zuläßt, so werden sie damit auch zur Erörterung allgemein politischer Fragen zugelassen, darüber täuschen wir uns nicht, denn diese Fragen lassen sich gar nicht trennen. Dabei ist nicht einmal eine Grenze nach unten für das Alter festgelegt. Meine Bedenken werden auch von Mitgliedern des Zentrums, der Nationalliberalen und auch der fortschrittlichen Volkspartei, zweifellos auch von verschiedenen Mitgliedern der Deutschen Fraktion geteilt, wenn sie auch vielleicht aus Liebe zur Fraktionseinheit für die Vorlage stimmen. Ebenso stimmen die Vertreter der Stände, der Landwirtschaft und des Handwerks, sogar die vaterländischen Arbeitervereine mit mir überein und protestieren gegen die Annahme dieses Gesetzes. Besonders lebhaft sind auch die Bedenken in den Kreisen der Lehrer. Die Frage ist noch nicht geklärt, wie es eigentlich mit der Schulzeit, mit der Jugend in den Fortbildungsschulen steht. Kann Fortbildungsschüler im Interesse der Schulzeit der Besuch von Gewerkschaftsversammlungen verboten werden? Vor allem muß eine unabweisende Erklärung darüber abgegeben werden, ob auch hier der Satz gilt: Reichsrecht geht vor Landesrecht. Natürlich haben auch die evangelischen Synoden sich entschieden gegen die Zulassung der Jugendlichen zu den Gewerkschaftsversammlungen erklärt. — Wir wissen, daß wir mit unserem Widerspruch allein stehen. Das stört uns nicht, ebenso wie es uns nicht stört, daß die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft mit uns dagegen stimmen wird. Wir lehnen die Verantwortung für diese Gesetzgebung ab. Es ist der erste Schritt der Neuorientierung. Wohin die Reise geht, lassen die anderen Entscheidungslieferungen des Ausschusses ahnen. Die Bahn, die hier betreten wird, halten wir für verhängnisvoll, vor allem für die Aufrechter-

haltung der in unserer Zeit so notwendigen Autorität. (Lebhafte Beifall bei den Konservativen.)

Abg. Behrens (Deutsche Fr.):

Wir wünschen, daß die Vorlage Gesetz wird und lehnen deshalb alle weitergehenden Anträge ab. In Bezug auf die Jugendlichen ändert die Vorlage an dem gegenwärtigen Zustand eigentlich nichts. Lieber haben die Gewerkschaften wichtigeres zu tun, als den Jugendlichen irgendwelche Theorien beizubringen. Die Schulzeit wird meines Erachtens durch dies Gesetz nicht berührt. Von den evangelischen Synoden haben nur zwei Stellung gegen dies Gesetz genommen. Auch der Evangelische Oberkirchenrat teilt offenbar die Bedenken des Vorredners nicht.

Ministerialdirektor Dr. Lewald:

Das Recht der Schule wird durch das Vereinsgesetz nicht eingeschränkt, ebensowenig das Recht der Eltern und Vormünder. Auch das Disziplinarrecht der Fortbildungsschulen, das im einzelnen durch die Landesgesetzgebung geregelt ist, bleibt unberührt. Wir haben die Vorlage eingebracht, weil es anerkannte Tatsache ist, daß gegenwärtig eine erhebliche Zahl Personen unter 18 Jahren den Gewerkschaften angehört und weil ganz unzweifelhaft in den Gewerkschaften aller Richtungen Politik im Sinne der Wirtschaft- und Sozialpolitik getrieben wird. Herr Dertel hatte an sich nichts gegen die Teilnahme der Jugendlichen an Gewerkschaften. Aber gerade bei der Lohnfrage konnte doch schließlich der Klassenhaß noch eher gepredigt werden, als bei irgendwelchen sozialpolitischen Fragen. (Sehr richtig!) Die Gefahren, die Herr Dertel befürchtete, kennt die Regierung genau, aber sie glaubt nicht, daß das Gesetz eine Verschärfung jener Gefahren bedeutet.

Abg. Herzfeld (Soz. Arb.):

Unsere Anträge zu dieser Vorlage sind nicht etwa eine Demonstration, wie gelagt wurde. Sonst wäre der größte Teil unserer parlamentarischen Arbeit Demonstration. Wir haben uns noch nicht davon abhalten lassen, Verbesserungsvorschläge zu stellen, ganz gleich, welche Stellung die Regierung einnimmt. Wir leben in dem Gesetz eine völlige Umwälzung, es bedeutet einen Teil der Neuorientierung, ein Zeichen. Aber solche Zeichen sind im politischen Leben nicht von Wert. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Im politischen Leben kann man Erfolge nur erringen auf dem Wege des Kampfes, des Klassenkampfes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was die Arbeiterklasse sich nicht durch rücksichtslosen Klassenkampf erwirbt, das wird sie nicht erhalten, das werden nur Vorkämpfer sein wie dieses Gesetz. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nur weil der Klassenkampf eingestellt ist, hat das Gesetz diese Form erhalten. Es befaßt sich mit den Jugendlichen. Ja, ist denn irgendwo eine besondere Agitation der Gewerkschaften unter den Jugendlichen zu verzeichnen gewesen? Das Gesetz ist die Folge der Auslegung der Bestimmungen des jetzigen Gesetzes durch die Gerichte, aber was war denn der Grund zu einer solchen Auslegung? Doch nur die Tatsache, daß die Gewerkschaften eine Macht geworden sind, daß man sie für das Rückgrat der sozialdemokratischen Partei hielt und die Partei treffen wollte. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Das geht aus der Denkschrift des Berliner Polizeipräsidenten vom Jahre 1913 deutlich hervor. Es heißt darin, daß in der Parteiführerschaft die Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielen. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) und weiter weist die Denkschrift auf das Zusammengehen zwischen Partei und Gewerkschaft hin. Auch in Zukunft werden die Gewerkschaften natürlich Gewerkschaftspolitik und Parteipolitik gegen die Unternehmer treiben, und je mehr sie das tun, je mehr sie erstarben, desto mehr wird das neue Gesetz in dem Sinne des alten ausgelegt werden. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Solche moralische Pauken, wie sie Herr Dr. Müller gehalten hat, nützen nicht, die Gerichte sind Organe der herrschenden Klassen, sie werden immer in deren Sinne urteilen. Der Klassenkampf wird nach dem Kriege aufs neue entbrennen, Partei und Gewerkschaften werden ihn führen, und das neue Gesetz wird den Staatsanwälten und Gerichten die Handhabe bieten, gegen die Gewerkschaften vorzugehen. Das Gesetz ist ja geradezu ein Juwel für Gerichte und Staatsanwälte, es ist geradezu dazu gemacht, diesen die Auslegung zu ermöglichen. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) es ist für sie ein gefundenes Fressen. Vergessen wir doch nicht, daß das Gesetz angewandt werden wird zu einer Zeit, wo der Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern entbrannt und zur Siebeshöhe gesteigert sein wird. Denn davon bin ich überzeugt, daß infolge der gewaltigen Umwälzungen dieses Krieges der Klassenkampf heftiger als je werden wird. (Lebhafte Zustimmung bei der Soz. Arb.) Der Lehrherr und die Schule werden nach wie vor den Lehrlingen den Besuch von Gewerkschaftsversammlungen verbieten können.

Der § 17 ist ein Ausnahmegesetz gegen die sozialdemokratische Partei;

die bürgerlichen Parteien haben doch keine Veranlassung, die jungen Leute unter 18 Jahren aufzunehmen, denn bis dahin besuchen sie ja noch die Schule oder die Universität. Der Arbeiter aber tritt mit 14 Jahren ins Leben und lernt den Klassenkampf am eigenen Leibe kennen. Für die Arbeiterjugend ist die Polizei eines der großen Kulturmittel. (Widerspruch rechts.) Dann haben Sie keine Ahnung. (Rufe rechts: Wir kennen sie besser als Sie.) Sie haben keine Empfindung für die politische Erziehung der Jugend. Das Gesetz bedeutet nicht nur ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen die Gewerkschaften. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Es ist auch ein Ausnahmegesetz gegen die Staatsarbeiter. Von dem Grundsatze, daß das Koalitionsrecht durch Vertrag beschränkt werden kann, wollte der Staatssekretär Delbrück im Jahre 1912 nicht abgehen und die Regierung will es auch heute nicht tun. Dieser Standpunkt ist ungefällig, er widerspricht dem § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches, weil solche Verträge gegen die guten Sitten verstoßen. Das wurde bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches auch von der Regierung anerkannt. Heute soll das nicht mehr wahr sein. Und das Gesetz soll ein Fortschritt für die Gewerkschaften sein! Rein,

es ist ein Gesetz für gute Gewerkschaften, für gebildete Gewerkschaften, für Gewerkschaften mit Wohlverhalten.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Diesen Weg kann die sozialdemokratische Arbeiterklasse nicht mitgehen. Wir haben beantragt, statt dieses Gesetzes den Entwurf anzunehmen, den der Reichstag im August 1915 fast einstimmig beschlossen hatte. Ein Ideal ist auch dieser Entwurf nicht, aber einen Fortschritt hätte er doch bedeutet. Aber die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie sind zurückgewichen vor der Erklärung der Regierung, an ihrem Entwurf dürfe kein Nachsatz geändert werden. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) Die Landarbeiter haben in diesem Kriege ihre volle Pflicht getan, ja, sie haben sogar das Schwerste geleistet. Und nun will man sie bei

Ihrer Mädele wieder unter die Gefindeordnung stellen, und das zu Gunsten einer Unternehmungskasse, die durch den Krieg unendlich reicher geworden sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) 400 000 Landarbeitern modern in Feindesland, mindestens die doppelte Zahl hat im Kriege ihre Gesundheit verloren. Wie wollen Sie (nach rechts) da die Landarbeit verrichten lassen. (Abg. Kreiß l.): Wir werden Sie um Rat fragen. Heiterkeit.) Galizische, polnische und andere Arbeiter werden Sie nicht mehr bekommen. Das einzige Mittel, Arbeiter auf das Land zu bekommen, ist

die moderne Landflaverei aufzuheben

und den Landarbeitern die Rechte und den Schutz der gewerblichen Arbeiter zu geben. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Der Leg. Gröber (Aufhebung des Sprachenparagrafen) stimmen selbstverständlich auch wir zu. Auch dem kleinsten Fortschritt für die Gewerkschaften hätten wir gern zugestimmt; dieses Gesetz aber enthält keinen Fortschritt, sondern nur neue Gefahren für die Gewerkschaften. Dafür können wir die Verantwortung nicht übernehmen, wir müssen das Gesetz daher ablehnen. (Lebhafte Beifall bei der Soz. Arb.)

Abg. Dr. Lassinski (Pole):

Eine Aenderung des Reichsvereinsgesetzes ohne Aufhebung des Sprachenparagrafen reißt nur die Wunden der Polen auf und macht ihre Ausnahmestellung von neuem deutlich und würde es verständlich machen, wenn die Polen sie ablehnten. Trotzdem werden wir der Vorlage zustimmen, in der Hoffnung, daß nach den Erklärungen der Regierung in der Kommission zu erwarten ist, daß die Polen nicht weiter schikanös behandelt werden sollen.

Die Abstimmung über den zweiten Gesetzentwurf (Aufhebung des Sprachenparagrafen) wird auf Antrag Seyda (Pole) eine namentliche sein.

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Ich wiederhole die in der Kommission abgegebene Erklärung, daß Berufsvereine nicht deshalb als politisch angesehen werden sollen, weil sie aus Reichsangehörigen nichtdeutscher Nationalität bestehen. — An der Beratung über die Initiativanträge aus dem Hause wird die Regierung wie auch früher sich nicht beteiligen. — Der Gesetzentwurf der Regierung enthält lediglich eine Deklaration des bestehenden Gesetzes. Dagegen glaube die Regierung, auf einem umstrittenen Gebiet keine Aenderung eintreten lassen zu sollen, solange der Krieg dauert. Jetzt gehören alle Arbeiten und alle Tatkraft dem Krieg. Wenn das Ergebnis des Weltkrieges mit dem rechten Geist aufgenommen wird, so wird der Geist der Einigkeit, der Ehrlichkeit, der gegenseitigen Achtung auch über den Krieg hinaus erhalten bleiben und sich fruchtbar erweisen. Auf diesem Boden werden wir nach dem Kriege weiterbauen. (Beifall.)

Abg. Hansen (Däne)

fordert die endliche Aufhebung des Sprachenparagrafen, dieses „Schandflecks“ des Reichsvereinsgesetzes.

Abg. Kerscheneiner (Rp.)

erkennt die Notwendigkeit der Heraushebung der Gewerkschaften aus den politischen Vereinen und die Notwendigkeit, ihnen die Freiheit zur Erreichung ihrer Ziele zu geben, an, hat aber trotzdem pädagogische Bedenken gegen die Zulassung Jugendlicher zu politischen Vereinen. Wenn gesagt wird, welches der Unterschied zwischen öffentlichen und nicht öffentlichen Versammlungen sei, so sage er, in nicht öffentlichen Versammlungen wachen sich die Mitglieder gegenseitig die Köpfe, in öffentlichen wachen sie die Köpfe der anderen. (Große Heiterkeit.) Davon müßten die Jugendlichen aus pädagogischen Gründen ferngehalten werden. Die Jugendlichen müßten erzogen werden zur Pütsamkeit und zur Achtung der Ansichten anderer; sie müßten erkennen, daß das Interesse am Staatsleben ein gemeinsames ist. Eine Jugend ohne Staatsgenussung sei immer ein Unheil. Das bedeute in keiner Beziehung eine Kritik der Tätigkeit der Gewerkschaften; er vertraue darauf, daß die Gewerkschaften weiter arbeiten werden auf der sittlichen Erziehung der Jugend, aber Versammlungen seien dazu nicht erforderlich. Man müsse erkennen, daß allein über die Autorität der Weg zur Freiheit geht.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.):

Es tut mir in der Seele weh, daß ich Herrn Kerscheneiner in der Gesellschaft von Herrn Dertel sehe. (Heiterkeit.) Wir bedauern, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft Arm in Arm mit der äußersten Rechten das Gesetz ablehnt; ich bin überzeugt, die Entwicklung wird uns recht geben. Es liegt und fern, die Jugend in das parteipolitische Getriebe hineinzuziehen, aber die Gewerkschaften können ohne Versammlungen nicht den erforderlichen Einfluß auf die Jugendlichen ausüben. In der gegenwärtigen schweren Kriegszeit gelangen auch junge Leute anderer Gesellschaftsklassen zu starker Kritik der Gesellschaftszustände. Bei den jungen Leuten aus dem Arbeiterstande ist dies zu allen Zeiten selbstverständlich. Sie können gar nicht mit gleichaltrigen Gymnasialisten verglichen werden, denn sie stehen bereits im Berufsleben und lernen den Ernst des Lebens ganz anders kennen. Für ihre Weitererziehung ist nichts so wichtig, wie die Tätigkeit in den Gewerkschaften. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer nicht weiß, was die Gewerkschaften für die körperliche und geistige Erziehung der Arbeiterjugend bisher schon geleistet haben, sollte bei dieser Angelegenheit überhaupt nicht mitreden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Die Erziehung des proletarischen Nachwuchses wird auch in Zukunft ganz selbstverständlich im Geiste der sozialdemokratischen Weltanschauung geschehen. Wir müssen uns verbitten, diese Weltanschauung etwa für moralisch anrüchlich zu erklären und das durch die Gesetzgebung etwa zum Ausdruck zu bringen. — In der Kommission hat man das Gesetz eine Omelette genannt, hier hat man von den Brokraten des Gesetzes gesprochen. In dieser Kriegszeit haben wir auch Eier und Brokraten schäben gelernt und werden daher für das Gesetz mit seinen ganz geringen Fortschritten stimmen. Wenn wir gegen die weitergehenden Anträge stimmen, so nicht wegen ihres Sinnes und Inhalts, sondern um das Zustandekommen des Gesetzes nicht zu gefährden. Wir geben uns auch der Erwartung hin, daß gleich nach der Erledigung dieses Gesetzes die Regierung dafür sorgt, daß alle schikanösen Maßnahmen unterbleiben. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dove (Rp.):

Die Anschauungen des Kollegen Kerscheneiner in bezug auf das Vereinsgesetz, speziell die Teilnahme der Jugendlichen am politischen Leben decken sich nicht mit den Anschauungen unserer anderen Freunde. Nebenbei handelt es sich hier vor allem um die Teilnahme der Jugendlichen am gemeinschaftlichen Leben, und die Gewerkschaften haben bewiesen, daß sie das Vertrauen verdienen, das wir ihnen entgegenbringen. (Beifall bei der Freisinnigen Volkspartei.)

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.):

Mit den Herren rechts stimmen wir öfter zusammen, die Herren rechts lehnen das Gesetz ab, weil sie fürchten, es wird etwas gegeben, wir dagegen, weil zu wenig gegeben wird. Herr Kollege Schulz sprach von Brosamen, es sind aber vergiftete Brosamen. (Präsident Karmyß rügt diesen Ausdruck.) Ohne unsere ständig verneinende Haltung hätten wir auch das bisher noch nicht erreicht, was in Deutschland erreicht ist, und Sie, Herr Kollege Schulz, würden dann überhaupt nicht hier sitzen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbeitsgemeinschaft.) Das Gesetz bringt keine Verbesserung, sondern Verfallung. Die verschiedenen Auffassungen über den Sinn des Gesetzes traten schon hier in der kurzen Debatte zutage. Seine sagte, das Gesetz sei nicht deklaratorisch, sondern bringe etwas Neues. Legien fragte am 10. Mai hier und dann in der Kommission, wie es mit den öffentlichen Versammlungen der Gewerkschaften stehe, ob die Teilnahme der Jugendlichen daran gehindert werden solle. Die Antwort lautete, Jugendliche dürfen nicht daran teilnehmen. Herr Dertel bestritt das zwar, aber Herr Müller-

Weininger widersprach ihm, und zwar mit Recht; solange der § 5 besteht, ist ja auch eine andere Auslegung nicht möglich. 1912 bezeichnete der Abg. Bauer die Rede Delbrücks, das Schulrecht und das Vertragsrecht können das Koalitionsrecht beschränken, für die reaktionärste Rede, die er jemals gehalten. Ministerialdirektor Lemald behauptet jetzt, jener Rede des Staatssekretärs Delbrück habe niemand widersprochen. Der Abg. Heine meinte, unsere Stellung zu dem Gesetz sei heute ebenso wie 1896 und 1899. Er irrte. 1896 erzwangen wir durch unsere Anträge die Erklärung des Reichslanzlers, daß das Verbindungsverbot der politischen Vereine noch vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches aufgehoben werden würde. Das gegenwärtige Gesetz ist ein Danaergesetz, auf das der moralische Kagenjammer folgen wird. Leider werden darunter sämtliche Organisationen der Arbeiter zu leiden haben. (Lebhafte Zustimmung bei der Soz. Arb.)

Abg. Graf Westarp (konf.):

Ein Teil meiner Freunde wird dem Gesetz nicht zustimmen. Wir halten eine vorzeitige Regelung eines Teiles des Vereinsgesetzes nicht für angebracht. Für die schließliche einheitliche Regelung des ganzen Vereinsgesetzes behalten wir uns die Stellungnahme vor.

Damit schließt die Debatte. Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wird der Gesetzentwurf gegen die Stimmen der Rechten und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angenommen.

Die dritte Lesung wird sofort vorgenommen und auch in dieser das Gesetz mit der gleichen Mehrheit angenommen.

Die namentliche Abstimmung über das zweite von der Kommission vorgeschlagene Gesetz (sogenannte Leg. Gröber auf Aufhebung des Sprachenparagrafen) und die Abstimmung über die Resolutionen wird zurückgestellt.

Es folgt die dritte Beratung des

Kriegssteuergesetzes.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Die sozialdemokratische Fraktion ist bereit gewesen zur Mitarbeit bei der Beschaffung der Mittel, die zur Leistung der aus dem Kriege erwachsenen außerordentlichen Lasten erforderlich sind. Dies kann aber nicht dazu führen, neuen Belastungen des Verkehrs und Verbrauchs, durch die in erster Linie die Massen aller kleinen Geschäftsleute und Arbeiter, der mittleren und unteren Beamten belastet werden, zuzustimmen. Das deutsche Volk ist heute schon in so hohem Maße belastet mit indirekten Steuern, die die Lebenshaltung erschweren, daß schon darin eine schwere Schädigung der Volkswirtschaft liegt. Wir haben diese Volksbelastung stets beklampft und bekämpfen sie auch jetzt. In der gegenwärtigen Zeit ist die Ablehnung neuer Verbrauchs- und Verkehrsabgaben für uns doppelte Pflicht, weil die Massen der Verbraucher durch die Kriegserzeugung in ihrer Existenz stark gefährdet sind und weil der Verkehr in der Kriegszeit und in der schwierigen Zeit des Ueberganges zur Friedenswirtschaft am wenigsten neue Belastungen verträgt. Wir lehnen darum die Erhöhung der Tabakbesteuerung, ebenso auch die Verkehrssteuer als den wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher und der Wiederbelebung unserer Volkswirtschaft schädlich ab. Die für die Belieferung des diesjährigen Etats erforderlichen Steuern hätten, wie wir es angestrebt haben, sehr wohl ohne neue Steuern auf den Verbrauch und den Verkehr gewonnen werden können durch eine schärfere Heranziehung des Vermögens. Eine solche schärfere Belastung des Vermögens läßt sich schon durch die besonderen Vorteile rechtfertigen, die den Besitzenden aus den Erfolgen der deutschen Kriegführung erwachsen sind. Heute sind wir leider genötigt festzustellen, daß die Opferfreudigkeit der Besitzenden Klassen angesichts der schweren Notlage des Landes verfaßt hat und daß die Taten, die in den Verfassungen des Hauses zum Ausdruck kamen, den Worten der patriotischen Hingabe, die hier besprochen worden sind, in keiner Weise entsprechen.

Das Kriegssteuergesetz beruht auf der Anerkennung der Tatsache, daß der Krieg durch die Wirkung des kapitalistischen Systems für eine kleine Minderheit zur Quelle ungeheurer Bereicherung geworden ist. Seine Grundgedanken billigen wir rückhaltlos. Die Beschlässe zweiter Lesung entsprechen allerdings nicht den Ansprüchen, die mindestens an ein Kriegssteuergesetz gestellt werden müssen. Da aber durch das Gesetz nur der Besitz getroffen wird, stimmen wir ihm zu in der Erwartung, daß der Gebante, den ins massenreiche gewachsenen Bedarf des Reiches aus Steuern auf den Besitz zu decken, in erheblicher erweiterter Umfang bei der nach dem Friedensschluß unerlässlichen großen Finanzreform zu konsequenter Durchführung gelangen werde. Dies zu erreichen, ist Sache des Volkes, das aus der ersten Kriegsfinanzreform seine Lehre zieht und für eine entsprechende Vertretung seiner Interessen im Deutschen Reichstag sorgen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Haase (Soz. Arb.):

Unsere Haltung zu den Steuergesetzen wird in wesentlichen von folgenden Erwägungen bestimmt. Die Kriegsteuer dient letzten Endes dem imperialistischen Krieg, den wir verwerfen. Durch die Zustimmung zu ihr wird auch nicht eine für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung abgewendet. Wir stehen einem festen Block aller bürgerlichen Parteien gegenüber, der für sein Steuerkompromiß hier mit einer Dreiviertelmehrheit geschlossen tritt. Die Sozialdemokratie ist mit ihrem Stimmengewicht völlig ausgeschaltet. Dieser Steuerblock hat die von der Regierung vorgeschlagene Belastung des Verkehrs und Verbrauchs durch die Ausgestaltung des Warenumsatzsteuers noch gewaltig vermehrt. Abgelehnt sind dagegen die Anträge der Sozialdemokratie, die darauf gerichtet waren, den gesamten Kriegsgewinn, soweit es sich nicht um kleine Vermögen und Einkommen handelt, der Allgemeinheit zugute kommen zu lassen, oder auch nur durch nochmalige Erhebung einer Quote des Verbrauchs oder durch Besteuerung der Erbschaften den Besitz stärker zu erfassen und dadurch Ertrag für indirekte Steuern zu schaffen.

Die ganz unzulängliche einmalige Abgabe des Kriegssteuergesetzes hat zum Zweck oder mindestens zur Folge, eine wirkliche Kriegsgewinnsteuer zu bereiten, wie sie von der großen Masse des Volkes gefordert wird. Sie ist nur ein kümmerliches Feigenblatt für die ungeheuerlichen Lasten, die namentlich drückend die Arbeiterklasse und den Mittelstand infolge der anderen Steuern treffen. Die Kompromißparteien betrachten selbst ihr Steuerwerk als ein einheitliches Ganzes, an dem sie geschlossen festhalten. Daß die einzelnen Steuergesetze nicht auch formell mit einander verbunden sind, ist nebensächlich. Dem gesamten Steuerwerk haben die Kompromißparteien den Stempel ihres Klassengeistes aufgedrückt. Sie haben auch das ganze Steuerwerk und alle seine Teile zu verantworten. Wir lehnen die Steuern ab. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. — Der Frachtkundenstempel, die Tabaksteuer, die Postgebührenordnung und der Warenumsatzstempel werden gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen in dritter Lesung angenommen. In namentlicher Abstimmung wird das Kriegssteuergesetz mit 812 Stimmen gegen 24 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Die Leg. Gröber wird in namentlicher Abstimmung mit 266 gegen 74 Stimmen angenommen.

Hierauf wird sofort in die dritte Lesung eingetreten.

Abg. Seyda (Pole):

Wenn die Regierung auch jetzt noch an dem Sprachenparagrafen festhält, so wird das Volk daraus nur die Folgerung ziehen können, daß nach dem Kriege alles beim Alten bleiben soll. Das Gesetz wird in dritter Lesung angenommen.

Es folgt

Die dritte Lesung des Etats.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg:

Der Reichstag hat soeben mit großer Mehrheit die Steuern bewilligt, die das Reich bedarf, um auch im Kriege eine geordnete

Finanzwirtschaft fortzuführen. Der Reichstag hat sich damit den Dank der Nation verdient und unseren Feinden gezeigt, daß wir auf allen Gebieten bereit und willens sind, auszuhalten. Ich will an diese Worte des Dankes einige allgemeine Bemerkungen anknüpfen. Vor einem halben Jahre, am 9. Dezember, habe ich zum ersten Male auf Grund unserer militärischen Lage von unserer Friedensbereitschaft gesprochen. Ich konnte das tun in der Zusage, daß sich die Kriegslage weiter verbessern würde. Die Entwicklung hat diese Zusage bestätigt. Weitere Fortschritte sind gemacht. Auf allen Fronten sind wir noch härter geworden. (Lebhafte Beifall.) Wenn ich bei dieser Entwicklung damals ausgesprochen hätte, daß wir bereit zum Frieden wären, so habe ich das nicht zu bedauern, auch wenn unser Angebot beim Feinde keinen Erfolg gehabt hat. In der kritischen Zeit vom Juli 1914 war es Aufgabe eines jeden vor Gott, vor dem Vaterlande und vor seinem Gewissen verantwortungsvollen Staatsmannes, nichts ungeschähen zu lassen, was in Ehren den Frieden erhalten konnte. (Beifall.) Ebenso haben wir nach erfolgter Abwehr unserer Feinde nichts unbedacht lassen wollen, was geeignet war, die großen Erschütterungen Europas noch mitten in diesem Kriege abzukürzen. Später habe ich einem amerikanischen Journalisten gesagt, daß Friedensverhandlungen ihr Ziel nur erreichen könnten, wenn sie von den Staatsmännern der kriegführenden Länder geführt würden

auf Grund der Kriegslage, wie sie die Kriegskarte zeigt.

Von der anderen Seite ist das zurückgewiesen worden. Man hoffte, die Kriegslage zu verbessern. Inzwischen hat sich die Kriegslage verbessert, zu unseren Gunsten. Wir haben die Liebergabe der englischen Armee von Kut el Amara, die Niederlage und die gewaltigen Verluste der Franzosen vor Verdun, das Scheitern der russischen Märsche, den gewaltigen Vorbruch der österreichisch-ungarischen Truppen gegen Italien, die Sicherung der Linie vor Saloniki, und in diesen Tagen haben wir mit jubelndem und dankbarem Herzen die Seeschlacht am Skagerrak erlebt. (Brausender Beifall.) So ist die Kriegskarte inzwischen anders geworden. Unsere Feinde wollen auch weiterhin die Augen davor verschließen. (Mit erhobener Stimme): Dann müssen, dann werden und dann wollen wir weiter kämpfen bis zum endgültigen Siege. (Stürmischer Bravo!) Wir haben das Unserige getan, um den Frieden anzubahnen. Unsere Feinde haben uns mit Hohn und Spott zurückgewiesen. Jedes Friedensgespräch, das wir jetzt beginnen, ist nichtig und nicht zu seinem Ziele führend. (Lebhafte Zustimmung.) Verschiedene Staatsmänner in England und auch anderswo haben den Versuch unternommen, unserem Volke an den Puls zu fassen und durch partikularistische und innerpolitische Gegenstände unsere Schlagkraft zu lähmen. Diese Herren leben in merkwürdigen Vorstellungen. Wenn sie sich nicht selbst täuschen wollen, müssen sie selbst dabei bemerkt haben, wie seit der Herzschlag des deutschen Volkes ist. (Lebhafte Zustimmung.) Es gibt eine Einwirkung von außen her, die unsere Einigkeit irgendwo erschüttern könnte. (Stürmischer Beifall.) Gewiß, auch wir haben unsere Meinungsverschiedenheiten. Wir haben eingehende Auseinandersetzungen in der Kommission gehabt, wir haben starke Differenzen, namentlich in der U-Boot-Frage und in unseren Beziehungen zu Amerika gehabt, die Ansichten sind scharf auseinandergefallen. Aber ich kann und will es hier feststellen, daß in diesen Verhandlungen von allen Seiten die gegenseitige Ueberzeugung und Absicht geachtet worden ist. Die Verhandlungen sind immer auf sachlichem Boden geblieben.

Unsere vertraulichen Aussprachen in der Kommission haben das Bedürfnis nach einer öffentlichen Aussprache nicht befriedigen können. Welche Gründe uns abhalten, der breiten Öffentlichkeit alle die Aufklärungen zu geben, die sie wünscht, wissen Sie. Ich glaube, wir waren in der Kommission mit wenigen Ausnahmen einig darüber, daß eine Erörterung dieser Frage vor der breiten Öffentlichkeit, wenn sie den Gegenstand erschöpfen sollte, das Land schädigen würde. Davon kann ich nicht abweichen. Allerdings, meine Herren, wünsche auch ich die Zeit herbei, wo

die Zensur

mit allen ihren Beschränkungen und Belastungen, die nun einmal untreibbar mit ihr verbunden ist, ihr Ende erreicht hat. Ich will die Zensurdebatte von neuem nicht wieder neu beleben. Ich glaube nicht, daß der vorige Mittwoch im Lande den Eindruck eines sehr erhebenden Tages hervorgerufen hat. (Sehr richtig!) Nur einige wenige Worte will ich sagen. Für jeden von uns gab es nur ein Ziel, nämlich den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen. Und nur unter diesem Gesichtspunkt soll auch die Zensur arbeiten, mag es sich um militärische oder politische Dinge handeln. Ich werde dahin wirken, daß in solchen politischen Angelegenheiten, die nur lose mit der Kriegführung zusammenhängen, der Zensurstift so wenig wie irgend möglich angewendet wird. (Beifall.) Die Presse, die trotz aller Widerwärtigkeiten und Schwierigkeiten in dieser ersten Zeit ihre schwere Aufgabe mit Pflichtgefühl aufnahm und erfüllt, die soll in gerechter und unparteiischer Würdigung ihrer Ziele nach meinem Willen so wenig Fesseln empfinden wie irgend möglich. (Beifall.)

Das Beistehen der Pressezensur hat einen sehr bedauerlichen Mißstand hervorgerufen, über den ich einige Worte sprechen muß. Ich meine

die Treibereien mit geheimen und offenen Denkschriften,

die teils anonym, teils mit Namen im Umlauf gebracht sind. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) In Hunderten von Exemplaren ist dieser Tage ein anonymes Heft verbreitet worden, das in der Pamphettliteratur, so weit sie mir bekannt ist, an erster Stelle markiert. (Erneute lebhaft Zustimmung links und im Zentrum.) In diesem Heft finden Sie mit der Miene des besorgten Patrioten vortragene Dinge aus der politischen Vorgeschichte des Krieges, die eine freie Erfindung, eine Kette von Unrichtigkeiten und Entstellungen des wahren Sachverhaltes sind. (Lebhafte Hört! hört! links.) Nur ein paar Beispiele. Dieser Mann wagt es zu schreiben, daß der deutsche Reichskanzler nahe am Zusammenbrechen gewesen sei, als ihm der englische Votschafter den Abbruch der Beziehungen mitgeteilt habe. Natürlich braucht der Schreiber dieses Heftes das historische Faktum nicht zu wissen, daß der Abbruch der Beziehungen bereits einige Stunden vorher in einer Unterredung, die der englische Votschafter mit Herrn v. Jagow, der in meinem Auftrag handelte, erfolgt war. Der Schreiber braucht nicht zu wissen, daß meine Unterredung mit Sir Edward Goschen, die er im Auge hat, der Abschiedsbesuch war, den mir der britische Votschafter machte, und er braucht nicht zu wissen — er kennt nur die englischen Quellen, die ihm gut genug sind, um den deutschen Reichskanzler zu verleumben (Beifall). (Lebhafte Hört! hört! links und im Zentrum.) Daß Sir Edward Goschen bei dieser Unterredung innerlich so erschüttert war, daß ich, weil es sich um einen persönlichen und menschlichen Vorgang handelte, aus natürlichem Anstandsgefühl es unterlassen habe, jemals öffentlich davon zu sprechen. (Lebhafte Hört! hört! links und im Zentrum.) Aber das paßt eben in das Bild: Schwäche des Reichslanzlers! Er trunken und erlogen ist es. (Lauter Beifall links und im Zentrum.) Weiter heißt es in dem Heft aus der Geheimgeschichte der letzten Wehrvorlage, ich sei der Mann, der sich mit Händen und Füßen gegen die Wehrvorlage gestraubt hat. (Lachen links und im Zentrum.) Ich rate dem Schreiber dieser Schrift, sich an den damaligen Kriegsminister General v. Heeringen zu wenden. Ich weiß zwar nicht, ob dem General v. Heeringen, den wohl das ganze Haus nur als einen geraden und aufrichtigen Mann und Soldaten kennt, erwünscht sein wird, sich mit einem Verleumder einzulassen. (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum.) Jedenfalls wird General v. Heeringen bestätigen, daß ich es gewesen bin, der bei dieser Wehrvorlage für jede Vermehrung der Armees eingetreten ist, daß ich es war, der jede Forderung des Kriegsministers bis auf den letzten Mann vertreten hat. (Hört! hört! links und im Zentrum.)

Dann die Behauptung, daß wir Japan vor Kriegsausbruch durch eine große Anleihe auf unsere Seite ziehen wollten. Alles Phantastische! So geht es weiter durch das ganze Heft. Lassen Sie mich noch eine der widerwärtigsten Behauptungen näher beleuchten.

Ich werde beschuldigt, ich hätte, entgegen dem mili-
tärischen Votum, den Mobilisationsbefehl um
drei kostbare Tage verzögert, die uns nicht nur einen
Teil des Elend, sondern Ströme von Blut gekostet hätten und ich
hätte das rechtzeitige Vorkommen unter dem Einfluß meiner alten

Verständigungsversuche mit England

bereitete. Ja, meine Herren, diese Versuche, mich mit England zu
verständigen, ich weiß, sie sollen mein Kapitalverbrechen sein. Ich
habe darüber schon einmal ausführlich im Reichstag gesprochen.
Aber weil falsche Anschauungen darüber immer weiter in das Volk
getragen werden, halte ich mich verpflichtet, es noch einmal zu tun.

Wie war die Lage? England, Frankreich und Rußland waren
gegen Deutschland durch eine Allianz eng miteinander verbunden, in
Frankreich eine starke Mehrheitspartei, in Rußland einflußreiche
Epanische, zum Krieg treibende Kräfte. Frankreich und Rußland
konnten nur in Schach gehalten werden, wenn es gelang, ihnen die
Hoffnung auf England zu nehmen. Dann hätten sie sich nie in
diesen Krieg gewagt. (Zustimmung links.) Wollte ich gegen den
Krieg arbeiten, und das habe ich allerdings getan, (Stürmischer
Beifall links und im Zentrum), dann mußte ich ver-
suchen, mit England zu einer Verständigung zu kommen,
die die Kriegsparteien in Frankreich und Rußland nieder-
hielt. (Beifall links und im Zentrum.) Ich mußte das doch tun
gegenüber den mir wie irgend einem anderen, bekannten deutsch-
feindlichen Tendenzen der englischen Eintreffungspolitiker. Ich habe
den Versuch gemacht und schäme mich seiner nicht, auch wenn er
nicht geklärt ist. Wer als Zeuge dieser bald zwei Jahr andauernden
Weltkrisis mit ihren Gelatosen von Menschenopfern mir
daraus ein Verbrechen macht, der mag seine Anklage vor Gott ver-
treten. (Große Bewegung und stürmischer Beifall links und
im Zentrum.) Ich sehe der Entscheidung mit Ruhe entgegen. (Beifall.)

Diese Verständigungsversuche — was haben denn die mit
unserer Mobilisation zu tun? Nichts, gar nichts! Ich soll

die Mobilisation

um drei Tage verzögert haben! Weiß denn der Mann, der die
Anklage gegen mich schleudert, ich sei wegen Verzögerung der Mobil-
isation schuld an Strömen des Blutes unseres Volkes, weiß denn
dieser Mann nicht, daß wir während dieser drei Tage fieberhaft
gearbeitet haben an einer Verständigung zwischen Oesterreich-Ungarn
und Rußland, und daß es gerade unser Kaiser war, dem es am
Herz lag, seinem Volke den Frieden zu erhalten und der in
diesen Tagen in unausgesetztem Depeschenverkehr mit dem
Kaiser stand? Und sieht der Mann nicht, was doch vor aller Augen
liegt, daß, wenn wir diese drei Tage früher die Mobilisation er-
klärt hätten, wir die Blutschuld auf uns geladen hätten, die Ruß-
land auf sich geladen hat (Erneute große Bewegung und stürmi-
scher Beifall links und im Zentrum), indem Rußland wäh-
rend der schwebenden Verhandlungen, die guten Erfolg ver-
sprachen, entgegen den heiligen uns gemachten Versprechungen
seinerseits mobilisierte? (Sehr richtig!) Und der Mann, der so die
Geschichte fälscht, der nimmt sich heraus, über mich zu Gericht zu
sitzen und tut das im Namen einer niederdeutschen Bismarcktruppe.
(Hört! hört! links und im Zentrum.) — Der Kanzler fährt mit er-
höbener Stimme fort: Herunter mit der Maske, damit man sieht,
wer sie trägt! (Demonstrativer, stürmischer Beifall und lebhaftes
Händeklatschen links und im Zentrum), der es wagt, den Namen
Bismarck in dieser schwersten Zeit des deutschen Volkes mit niedrigen
Verhöhnungen und Verleumdungen zu mißbrauchen. (Erneute Zu-
stimmung.)

Ein anderes Heft, der Verfasser trägt einen Namen von gutem
Klang. (Hört! hört! links.) Es ist der Generalland-
schaftsdirektor Rapp (Hört! hört! links und im Zentrum),
sagt, die von mir ausgegebene Parole der Einigkeit fange an, be-
sonders unglückliche Rolle zu spielen wie einst 1806 das nach
Jena gefallene Staatsverträterische Wort: „Ruhe ist die erste Bürger-
pflicht.“ Wo ist heute das Jena? Hat der Herr nicht das Gefühl,
daß er unsere große Zeit herniederzieht, indem er das Wort Jena aus-
spricht. (Sehr gut! links und im Zentrum.) Und woher nimmt er die Stim-
me als Staatsverträterisch zu brandmarken, weil ich in diesem Kampf um
alles nichts als ein einziges Deutschland sehe? (Lebhafter Beifall
links und im Zentrum.) Es ist bitter, die Lügen im Ausland ab-
zuwehren, zuweilen ist es, wenn Schmähungen und Verleumdungen
in der Heimat auftreten. (Mit erhöhter Stimme): Ich nehme
den Kampf dagegen auf (Stürmischer Beifall links und im
Zentrum), ich werde ihn durchsetzen. Meine Herren, nicht meine
Person ist in Frage; was hat der einzelne zu sagen in dieser Zeit,
wo draußen die ganze wehrfähige Mannschaft Deutschlands
tagtäglich dem Tode ins Auge sieht? (Sehr wahr!
links und im Zentrum.) Nein, nicht die Person, die Sache
des Vaterlandes ist es, die Schaden leidet, wenn in systematischer
Weise unter großem Aufwand von Kosten und gedulbiger Drücker-
schwarz Verleumdungen und Zerstörungen durch das Volk getragen
werden. (Zustimmung links und im Zentrum.) Und so auffällig
es sein mag, daß ich hier Ihre Zeit in Anspruch genommen habe
mit der Verlesung von anonymen, zum Teil auch von nicht
anonymen Broschüren — meine Pflicht ist es, für das Vaterland
einzutreten und dagegen zu wirken, daß das Volk vergiftet werde.
(Lebhafter Beifall links und im Zentrum.) — Unruhe.)

Ich weiß, meine Herren, keine Partei in diesem Hause billigt
Schreien, die mit Unwahrheit oder mit Verleumdung arbeiten.

Aber die Piraten der öffentlichen Meinung treiben leider häufig
Mißbrauch mit der Flagge der nationalen Ehre.

(Zustimmung.) Mich greifen sie an als einen Verächter der großen
und starken nationalen Traditionen, auf die die alten Parteien
dieses Hauses mit Recht stolz sind, und zum Beweise wird an-
geführt, daß ich mit den Sozialdemokraten liebäugle
und die Plaumacher begünstige. Immer wieder heißt es:
der Reichskanzler stützt sich ja auf niemand anderen mehr als auf
die Sozialdemokraten und auf einige persönlich einflußlose Pa-
zifisten. Meine Herren, soll ich in diesem Krieg, in dem es nur
Deutsche gibt, mich an Parteien halten? (Lebhaftes Sehr gut!)
Ich weiß sehr wohl, die Unterscheidung zwischen natio-
nalen und anderen Parteien hat in der Politik vor dem
Kriege eine bedeutende Rolle gespielt. Aber, meine Herren, die
schönste Frucht, die dieser Krieg uns im Innern bringen kann, wird
es doch sein, wenn wir diese Unterscheidung ein- für
allemal zum alten Eisen legen können. (Stürmischer,
anhaltender Beifall, Händeklatschen links.) Weil die Sache der
Nation eben einfach selbstverständlich ist. (Beifall.) Meine Herren,
meine Hoffnung hierauf ist unerschütterlich,

trotz der Herren um Herrn Liebknecht. Mit denen wird das Volk
nach dem Kriege abrechnen!

(Zuruf bei der Soz. Arbeitsgemeinschaft: „Warten Sie ab!“) Wir
werden Parteikämpfe auch nach dem Kriege bekommen, so schwer,
vielleicht schwerer als früher. Es wird eine neue, es wird eine
andere Zeit sein, mit neuen geistigen Bewegungen, mit neuen
sozialen Ansprüchen (Sehr richtig!), mit neuen Forderungen. Die
Zeit wird kommen. Wir werden auch diesen Kampf führen. Aber,
meine Herren, wollen wir sie denn vergiften, indem wir immer
wieder mit dem alten Schematismus, mit den alten Theorien von
nationalen und antinationalen Parteien arbeiten? (Sehr richtig!
und Beifall.)

Meine Herren, ich sehe die ganze Nation in Selbengröße um
ihre Zukunft kämpfen. Unsere Brüder, unsere Söhne, in treuer
Kameradschaft kämpfen und herben sie miteinander. Da ist bei
allen die gleiche Liebe zur Heimat. Ob nun die Heimat Reichthum
umschließt oder nur die Stätte ist, die das Leben freisetzt, und diese
heilige Flamme der Heimatliebe ist es, die die Herzen füllt, daß
sie tagtäglich in tausendfältigen Gefahren dem Tode trotzen und
den Tod erliden. Meine Herren, es gehört doch ein verträgliches
Herz dazu, um sich dem erdrückenden Einbruch von der Größe und
von der Urkraft dieses Volkes zu entziehen. (Sehr gut!) Und
sich der höchsten Liebe zu diesem Volke erheben zu können. (Leb-
hafter Beifall.) Meine Herren, da soll ich trennen? Da soll ich

nicht einigen? (Bewegung.) Da soll Sorge und Angst um die
Kämpfe der Zukunft die Kraft lähmen, die wir brauchen für den
Kampf in der Gegenwart? (Sehr gut!) Nein, meine Herren, der
Glaube an mein Volk und die Liebe zu meinem Volke geben mir
die feste Zuversicht, daß wir kämpfen und siegen werden, wie wir
bisher gekämpft und gesiegt haben. (Lebhafter Beifall und Händ-
klatschen links und im Zentrum.)

Meine Herren, ich werde schließen. Unsere Feinde wollen es
zum äußersten treiben. Wir fürchten nicht Tod und
Teufel, auch nicht den Hungerteufel, den sie uns ins
Land schiden wollen. Die Männer, die um Verdun kämpfen, die
Männer, die unter Hindenburg fechten, und unsere stolzen Flau-
jaden, die es Albion gezeigt haben, wie die Ratten beißen (Sehr
gut! und Beifall), die sind von einem Geschlecht gezeugt, das auch
Entbehrungen zu tragen weiß.

Diese Entbehrungen, ich sage das frei und offen
heraus, auch dem Ausland gegenüber, sind da. Aber wir tragen
sie. Und auch da geht der Kampf vorwärts. Unter dem Segen
des Himmels reißt eine gute Ernte entgegen. Die Verhältnisse
werden nicht schlechter, sie werden besser als im vorigen schlechten
Erntejahr. (Beifall.)

Die Rechnungen der Feinde auf unsere wirtschaftlichen
Schwierigkeiten trugen. Ein Exempel mit großen Zahlen hat
unser junge Marine am 1. Juni stark fortrigiert. Auch dieser
Sieg wird uns nicht ruhmredig machen. Wir wissen, England ist
damit noch nicht besiegt, nicht geschlagen. Aber dieser Sieg ist ein
Wahrzeichen für unsere Zukunft, einer Zukunft, in der sich die
Deutschen die Gleichberechtigung auch auf dem Meere erkämpfen
und damit auch den kleineren Völkern die dauernde Freiheit der
Welt durch die englische Meinherrschaft abgeschlossenen Seewege
erhält. (Beifall.) Das, meine Herren, ist das helle und das ver-
heißungsvolle Licht, das der 1. Juni in unsere Zukunft wirft.
(Stürmischer, wiederholter Beifall und Händeklatschen im Hause
und auf den Tribünen.)

Das Haus verläßt die Weiterberatung auf Dienstag,
11 Uhr. Vorher Anfragen, Petitionen und Antrag auf Vertagung
des Reichstags.
Schluß 6 Uhr.

Politische Uebersicht.

Vereinsgesetznovelle und Steuervorlagen.

Die gestrige siebenstündige Reichstagsitzung wurde bis
auf die letzte halbe Stunde völlig ausgefüllt von einer sehr
bemerkenswerten Debatte über die Vereinsgesetznovelle und von der
Schlußberatung der Steuervorlage. Die halbstündige Kanzlerrede am
Schlusse der Sitzung drängte den Eindruck dieser ganzen Auseinander-
setzungen zwar wieder stark in den Hintergrund, doch ver-
dienen sie eine ernste Beachtung in der Bevölkerung.

Bei der Novelle zum Reichsvereinsgesetz, die an-
geblieh die Gewerkschaften vor der Politischerklärung durch
Polizei und Gerichte schützen soll, trat der Gegenstand oppor-
tunistischer und grundsätzlicher Politik innerhalb der parla-
mentarischen Vertretung der Sozialdemokratie scharf hervor.
In einer rhetorisch auffallend matten Rede sprach Genosse
Heine im Namen der alten Fraktion die Zustimmung zu
der Novelle aus, trotzdem er sachlich eigentlich gegen sie
redete, indem er die frühere Verfolgungs- und Auslegungs-
praxis gegenüber den Gewerkschaften hervorhob und erklärte,
es komme auch in Zukunft alles auf den guten Willen
der Anwendenden des Gesetzes an. Später betonte auch der Ge-
nosse Schulz-Erfurt noch einmal, daß eine „richtige
und sinngemäße Auslegung“ notwendig sei, wenn
das Gesetz günstig für die Gewerkschaften wirken solle. Für
die neue Fraktion hielt Genosse Dr. Herzfeld eine noch
form und Inhalt gleich vorzügliche grundsätzliche aufgebaute
Rede, in der er den Nachweis führte, daß die Novelle nicht
nur keine Verbesserung bringe, sondern die Gewerkschaften,
die Jugendbewegung, sowie die Sport-, Gesang- und sonstigen
Vereine der Arbeiter noch zu schädigen geeignet ist, sobald sie
Tendenzen verfolgen, die behördlich nicht genehm sind. Der
Genosse Stadthagen vervollständigte diese Ausführungen,
indem er sich besonders gegen polemische Angriffe des Ge-
nossen Schulz wendete und nochmals nachwies, daß es sich um
einen „vergifteten Brotsamen“, um ein Danaergeschenk handle.
Die alte Fraktion stimmte für die Novelle, die neue da-
gegen.

An der Debatte beteiligten sich auch die bürgerlichen Par-
teien, für die sich die Herren Gröber für das Zentrum,
Müller-Meinigen für die Fortschrittler, Junck für die
Nationalliberalen, Behrens für die Deutsche Fraktion und
v. Laszewski für die Polen mehr oder minder warm oder
kühl für die Annahme der Vorlage aussprachen. Herr
Dr. Dertel hielt für die Konservativen eine längere Pro-
testrede gegen das angeblieh „Ausnahmegesetz zugunsten der
Gewerkschaften“, wie er sich mit Berufung auf Genossen
Legien ausdrückte. Der Däne Hanssen wandte sich aus-
schließend gegen den Sprachenparagrafen des Reichsvereins-
gesetzes. Eine Extratour langte der Fortschrittler Ker-
schensteiner mit einer recht philippischen Philippika
gegen die angeblieh durch das Gesetz bewirkte Politisierung der
Jugend, was seinen Parteifreund Dove zu der Feststellung
veranlaßte, daß die fortschrittliche Fraktion anderer Ansicht
sei. Für die Regierung sprachen Ministerialdirektor Dr. Le-
wald und Staatssekretär Dr. Helfferich, ersterer wie er
es schon vorher in der Kommission getan hatte, letzterer so un-
bestimmt und orakelhaft, daß sich am Schlusse kaum ein Ton
des Beifalls aus dem Hause erhob.

Bei der dritten Lesung der Steuervorlagen
verzichteten die bürgerlichen Parteien gänzlich auf das Wort,
und die beiden sozialdemokratischen Fraktionen ließen kurze
Erklärungen abgeben. Genosse Scheidemann ver-
las die Erklärung der alten Fraktion, Genosse Saase trug
die Gründe der neuen Fraktion vor. Beide Fraktionen lehnten
die indirekten Steuern ab. Bei der Kriegsteuer jedoch
schieden sich die Geister. Die alte Fraktion stimmte
ihre zu, da sie nur den Besitz treffe und in der Erwartung,
daß der ihr zugrunde liegende Gedanke später bei der Finanz-
reform nach dem Kriege in erweitertem Umfang verwirklicht
werde. Die neue Fraktion lehnte auch die
Kriegsteuer ab, da sie letzten Endes dem imperialisti-
schen Kriege diene und durch den Steuerblock das Stimmen-
gewicht der Sozialdemokratie ohnehin ausgeschaltet sei, so
daß durch die Ablehnung eine ungünstigere Besteuerung der
Volksmassen nicht verursacht werde. In namentlicher Ab-
stimmung wurde das Kriegsteuergesetz mit 312 gegen
24 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Außer
der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft stimmten
auch 5 Konservative gegen das Gesetz. Alle anderen Steuern
des Kompromisses wurden in dritter Lesung ohne weitere
Debatte angenommen.

Bei der dann vorgenommenen dritten Lesung des
Stats hielt der Reichskanzler die Rede, die an anderer
Stelle unseres Blattes gewürdigt wird. Darauf vertagte das
Haus die Weiterberatung auf Dienstag früh 11 Uhr.

Die neue 12-Milliarden-Forderung.

In einem im Reichstage zugegangenen Gesetzentwurf
betreffend einen Nachtragsetz für das Rechnungsjahr 1916
wird der Reichskanzler ermächtigt, zur Bestreitung einmaliger
außerordentlicher Ausgaben die Summe von zwölf Milliar-
den Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen. Die zur
Ausgabe gelangenden Schuldverschreibungen und Scha-
nweisungen sowie die etwa zugehörigen Zinscheine können
sämtlich oder teilweise auf ausländische oder auch noch einem
bestimmten Wertverhältnis gleichzeitig auf in- und aus-
ländische Währungen sowie im Ausland zahlbar gestellt wer-
den. (W. Z. B.)

Anfragen.

Der Reichstagsabgeordnete Genosse Jäckel hat folgende An-
frage über die Behandlung jugendlicher Textilarbeiterinnen im Reichs-
tag gestellt:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß besonders in Schlefien
jugendliche Textilarbeiterinnen 1. zu schweren Ar-
beiten im Steinergewerbe und in der Landwirtschaft unter An-
drohung der Unterlassungsentziehung angehalten werden; 2. daß
die betreffenden Arbeiterinnen durch die Entfernung von der Heimat
der elterlichen Fürsorge entzogen und 3. durch das Zusammen-
arbeiten mit ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen sowie
durch die Unterbringung in primitiven Lagerstätten der Gefahr
fittlicher Schädigung ausgesetzt werden?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die Textil-
arbeiterinnen vor den geschilderten Gefahren und gegen das Vor-
gehen der in Betracht kommenden Behörden zu schützen?

Die Anfrage steht auf der heutigen Tagesordnung zur Be-
antwortung.

Dr. Werner (Wiesbaden) fragt an:
Im „Eberfelder Täglichen Anzeiger“, Nr. 146, 1916, wird
folgendes mitgeteilt:

Die Ausschreitungen der Berliner Börse. Die Berliner
Börse hat bekanntlich vor einigen Tagen auf die pazi-
fistischen Äußerungen des Präsidenten Wilson
mit einer allgemeinen Baisse geantwortet. Durch diese
Tatsache ist erneut die Aufmerksamkeit leitender Kreise darauf
hingelenkt worden, daß der spekulative Handel in Kriegswerten einen
solchen Umfang angenommen hat, daß dadurch die väterländischen
Interessen in Frage gestellt werden, die auch auf dem Geldmarkte
wie auf allen anderen volkswirtschaftlichen Gebieten unbedingte
Berücksichtigung verlangen. Wie uns von wohlinformierter Seite
mitgeteilt wird, schweben Erwägungen darüber, eine ernste Ver-
warnung an die betreffenden Börsenkreise ergehen zu lassen.
Sollten diese nicht eine sofortige Abstellung der erwähnten Miß-
stände im Gefolge haben, so wird nötigenfalls eine vollkommene
Unterdrückung der Spekulation an der Börse sowohl wie an an-
deren Orten unter schwerer Strafandrohung die Folge sein.

Treffen die behaupteten Dinge zu, und ist der Herr Reichs-
kanzler bejahendensfalls bereit, entsprechende Maßnahmen gegen die
Spekulation der Börse anzunehmen?

Wir genügt eine schriftliche Antwort.

Zur Vereinsgesetznovelle.

Die neueste „Handlungsgehilfenzeitung“ schreibt nach Darlegung
der Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zur Vereinsgesetznovelle
in der Kommission:

„Die Regierungsvorlage wird nun wohl den Reichstag in
zweiter und dritter Lesung glatt passieren und bald Gesetz werden.
(Ist gestern geschehen. D. Red.) Wir können bei der Mangel-
haftigkeit der Vorlage dieses Ergebnisses nicht froh werden. Die
alte sozialdemokratische Fraktion hat bei der Behandlung dieser
Vorlage eine Taktik eingeschlagen, die uns mehr als be-
denklich erscheint. Es ist unabweislich, daß es über diese
Taktik, deren Wortführer offenbar der Vorsitzende der Kom-
mission der Gewerkschaften ist, auch innerhalb der Gewerk-
schaften noch zu lebhaften Erörterungen kommt.“

Ein Zwischenruf.

Im Anschluß an den Reichstagsbericht vom Sonnabend schrieb
die „Deutsche Tageszeitung“:

„Als im Kreusschen Abgeordnetenhause gestern der Präsident
um die Ermächtigung bat, dem Vizeadmiral Scheer die Glückwünsche
des Hauses zu übermitteln, erschollen, nach dem Wollfischen Bericht,
lebhaft wiederholte Ausrufe: „Und Kirpik!“ Alle Zeitungen
haben das abgedruckt bis auf — die „Norddeutsche All-
gemeine Zeitung.“

Daraufhin hat die Schriftleitung der „Norddeutschen
Allgemeinen Zeitung“ eine lange entschuldigende Zuschrift
an die „Deutsche Tageszeitung“ gerichtet, in der sie sich gegen den
Vorwurf der Unschicklichkeit ihrer Unterlassungsfünde verwehrt. So
lächerlich das Ganze ist, bildet es doch ein Symptom für die Be-
ziehungen zwischen Regierung und Konservativen.

Burgfriedenswahl im Heidelberger Wahlkreise.

Bei der Reichstagsersatzwahl Heidelberg-Eberbach-Mosbach
sehen das Zentrum und die Sozialdemokraten von der
Aufstellung eigener Kandidaten ab. Somit ist die Wahl
Dr. Niehs gesichert.

Landtagsabgeordneter Vierck †.

Am Sonnabend, den 3. Juni, starb plötzlich das Mitglied der
Freikonservativen Partei, der Landgerichtspräsident Vierck, in-
folge eines Herzschlages. Er vertrat seit 1908 im Abgeordneten-
hause den Wahlkreis Bromberg 1 (Gleichen, Garmkau, Kolmar
in Posen).

Gen. Rat Lingner †.

Erzleutnant Lingner, Wirklicher Geheimer Rat, Dr. med. ehren-
halber, der bekannte Großindustrielle in Dresden ist gestorben. Er
war der Schöpfer und Organisator der hygienischen Ausstellung in
Dresden. Ferner war er Leiter und Vorstand der Dresdener Vese-
halle, der Begründer der Ausstellung von Volkskrankheiten und ihrer
Belämpfung u. a. m.

Eine neue Pofener Tageszeitung.

Eine neue große polnische Tageszeitung wird von Anfang
Juli ab in Posen erscheinen. Sie wird durch eine neugebildete
Gesellschaft von Großgrundbesitzern herausgegeben,
es gehören dazu unter anderem Graf Ladi auf Posadowo bei Keu-
stadt bei Posen, Rittergutbesitzer v. Koczorowski usw. Das neue
Tageblatt soll eine Art Veröhnungspolitik vertreten und
eine antidemokratische Richtung haben.

Papierpreise und Zeitungsgeterbe.

Die am 4. Juni im Sitzungssaale des Herrenhauses tagende,
von mehreren hundert Zeitungsverlegern aus allen Teilen des
Deutschen Reiches besuchte ordentliche Hauptversammlung des
Vereins Deutscher Zeitungsverleger faßte folgende
Entscheidung:

„Die dem deutschen Zeitungsgeterbe angekündigte weitere
Steigerung des Papierpreises stellt eine ungeheuerliche
Verteuerung der Herstellungskosten dar, die weder auf die Defen-
sivität abgewälzt, noch von dem durch den Krieg wirtschaftlich
schwer geschädigten Zeitungsgeterbe aus eigenen Mitteln getragen
werden kann. Die weitere Steigerung des Papierpreises muß zur
Folge haben, daß viele Zeitungen gestungen werden, ihr Er-“

schmen einzustellen. Hierin besteht eine schwere Gefahr für unser ganzes politisches und nationales Leben, da gerade viele in ihrem Wirkungsbereich bodenständige Heimatblätter von dem Zusammenbruch ereilt würden.

Die Versammlung ermächtigt daher den Vorstand, den Herrn Reichskanzler unter Hinweis auf die hohe Bedeutung der Presse für die siegreiche Durchführung des Krieges dringend zu bitten, unterzüglich alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, durch Eingreifen der Staatsgewalt die drohende Katastrophe vom deutschen Zeitungsgetriebe abzuwenden.

Wirtschaftliche Wünsche für den Waffenstillstand.

Mit einiger Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, daß dem Eintreten des eigentlichen vollen Friedenszustandes eine Periode des Waffenstillstandes vorausgehen wird, während der auf Grund einer zunächst nur in großen Umrissen skizzierten Friedensgrundlage dann die zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Einzelheiten des Friedensvertrages festgestellt werden. Angesichts der außerordentlichen Ausdehnung dieses Krieges sowie namentlich auch der überaus einschneidenden Wirkungen, welche er auf wirtschaftlichem und wirtschaftspolitischen Gebiete mit sich gebracht hat, läßt sich wohl erwarten, daß die Zeitdauer dieser Periode des Waffenstillstandes, so sehr man auch die Friedensverhandlungen zu beschleunigen bestrebt sein wird, keine ganz kurze sein dürfte. Unter diesen Umständen erscheint es aber dann dringend erforderlich, für diese Periode gewisse provisorische Maßnahmen herbeizuführen, um die Ueberführung der kriegswirtschaftlichen Verhältnisse in den Friedenszustand vorzubereiten und zu erleichtern.

Der „Ständige Ausschuss deutscher Vereine zur Förderung des Außenhandels“ hat sich mit diesen Fragen beschäftigt. Er ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die nachstehenden Punkte, deren Durchführung dem gleichen Interesse aller kriegsführenden Staaten entspreche, sofort bei Beginn des Waffenstillstandes durch besondere Vereinbarung vertieft werden sollten:

1. Ermöglichung der Wiederanknüpfung geschäftlicher Beziehungen mit Firmen und Personen in Feindesland durch Vermittlung neutralenländischer Vertrauenspersonen ebentl. unter Kontrolle der Zensurbehörden. — Ermöglichung brieflichen und telegraphischen Verkehrs mit Geschäftsfreunden im feindlichen Ausland ohne andere Verzögerung, als durch die notwendigste Zensurkontrolle erfordert wird. Insbesondere auch Ermöglichung der Erörterung schwebender Streitfragen mit Lieferanten, Bauunternehmern, Installateuren, Druckern usw. in Feindesland.

2. Vorbereitung einer Rechenschaftsablegung der Sequester über den geschäftlichen Stand der sequestrierten Firmen und Vermögensbestände (insbesondere auch über etwa erfolgten Verkauf von Waren oder Mobiliar und ähnliche Maßnahmen); Verpflichtung der Sequester zur Auskunftserteilung auf bestimmte Anfragen, Rechenschaftsablegung auch der feindesländischen Banken über den Stand der bei ihnen sequestrierten Depots durch Lieferung von a dato abgeschlossenen Kontoauszügen.

3. Ermöglichung von Nachforschungen nach dem Verbleib der bei Kriegsausbruch unterwegs gewesenem Waren- und Auskunftsabteilung darüber seitens der Behörden des Feindeslandes, der sie etwa beschlagnahmt hat. Freilassung der in feindesländischen Häfen festgehaltenen Waren, soweit sie nicht Sammler betreffen und ihre Festhaltung nur durch den Kriegsausbruch veranlaßt wurde, und Ermöglichung ihres Weitertransports nach neutralen Bestimmungsorten.

Anton Hendrich in der Schule.

In der bürgerlichen Presse Badens bis hinein ins Zentrumslager wird gegenwärtig eine Wollklausur über den Hendrichschen Kriegsliteratur zur Anschaffung für die Jugend empfohlen. Die Amtsverkündiger machen ganz besondere Reklame für die Versorgung der Schulkinder mit dem Wäldelein des sozialdemokratischen Kaiserjüngers, und es tut bis in sozialdemokratischen Herzen hinein so wohl, daß es ein positiv tätiger Genosse mit seiner grundsätzlichen Aufklärungsbearbeitung zu solchem praktischen Erfolge gebracht hat.

Seifenbezug technischer Betriebe.

Belanntlich bestimmt die Belanntmachung über den Verkehr mit Seife vom 18. April, daß technische Betriebe auf besonderen Antrag einen Bezugsschein für Seife vom Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Öle und Fette, Seifenkontrolle, in Berlin NW 7, unter den Linden 68a erhalten. Diese Bestimmung hat in den weitesten Kreisen von Industrie und Handel leider eine mißverständliche Auslegung erfahren. Der Kriegsausschuss ist lediglich ermächtigt, den Bezug solcher Seifenmengen freizustellen, welche eine technische Verwendung finden, das heißt, zur Fabrikation selber unbedingt benötigt werden, und durch Ersatzmittel nicht vertreten werden können. Es ist aber völlig zwecklos, wenn Fabriken, Bureau usw. Anträge zwecks Beschaffung von Seife für die Körperliche Reinigung ihrer Angestellten beantragen, die dem einzelnen Verbraucher auf Prokarta monatlich zustehende Menge an Waschmitteln ist so reichlich bemessen, daß sie auch für die Reinigung in den Betriebsstunden ausreicht. Ebenso wird Seife auch nicht für die Reinigung von Betriebsräumlichkeiten, Gebrauchsgegenständen usw. freigestellt, da zu Schutzzwecken ausschließlich fettfreie Ersatzmittel zu verwenden sind. Durch die zwecklose Einreichung von Anträgen auf Seifenbezugsscheine zu anderen als technischen Zwecken wird die Erzielung wirklich dringender Anträge unnötig verzögert. Es liegt also im eigenen Interesse der Industrie, derartige zwecklose Anträge zu unterlassen und sich bei der Anforderung von Seifenbezugsscheinen lediglich auf diejenigen Mengen zu beschränken, welche für technische Zwecke unerlässlich sind. Auch sei darauf hingewiesen, daß Freistellungsanträge nur für die dem Bedarf eines Monats entsprechenden Mengen einzureichen sind.

Dieserjenige Betriebe, welche für ihre Angestellten und Arbeiter Reinigungsmittel vorzuhalten verpflichtet oder gewohnt sind, müssen angelegentlich auf die Verwendung fettfreier Seifenersatzmittel hingewiesen werden. Solche Seifenersatzmittel werden in durchaus brauchbarer Beschaffenheit bereits von einer ganzen Anzahl ernsthafter und vertrauenswürdiger Firmen in den Handel gebracht.

Das tägliche Brot.

Verordnung über Ausfuhrverbote.

Am 11. Juni, 5. Juni. (W. L. V.) Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung eine „Verordnung über Ausfuhrverbote“ erlassen. Danach haben die Landeszentralbehörden vor dem Erlaß von Verordnungen, die für ihr Bundesgebiet oder einen Teil desselben ein Ausfuhrverbot oder eine Ausfuhrbeschränkung von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs enthalten, oder in ihrer Wirkung einem solchen Ausfuhrverbot oder einer solchen Ausfuhrbeschränkung gleichkommen können, dem Reichskanzler Gelegenheit zu geben, im Interesse der Gesamtversorgung des Reichsgebietes Einspruch zu erheben. Beim Erlaß dieser Verordnung bereits bestehende Anordnungen dieser Art sind dem Reichskanzler nachträglich vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben. Bevor der Reichskanzler ein solches Verlangen stellt, wird er mit der beteiligten Landesregierung sich ins Benehmen setzen und dafür Sorge tragen, daß durch entsprechende Versorgungsregelung und Preisfestsetzung für die Beteiligten Wirtschaftsgüter eine unbillige Schädigung des Ausfuhrgebietes vermieden wird.

gebiete eine unbillige Schädigung des Ausfuhrgebietes vermieden wird.

Brot und Schwert.

Auf einer Tagung des „Bundes deutscher Gelehrter und Künstler“ sprach Geh. Rat Kubner über „Deutschlands Ernährung“. Ueber unsere Lage der Ernährung äußerte er sich nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ durchaus beruhigend: „Schwierigkeiten — ja; aber man rede doch nicht von Gefahren. Wäre denn ein schlechter Friede besser als eine zeitweilige schlechte Ernährung? Könnten wir unseren Kriegern dann noch ins Auge sehen? Der Stand unserer Vorkriegsernährung gibt keinen Anlaß, unsere militärischen Unternehmungen einen Tag früher als nötig abzubrechen. Die Leitung unserer äußeren Politik braucht sich nicht im geringsten in ihren großen Aufgaben beirren lassen. Längst wird der letzte Franzose im englischen Dienste verblutet sein, ehe Deutschland weiß, was wirklich Hunger ist.“

Auf einen ähnlichen Ton waren die Ausführungen von Walter Dier über den „Geist des deutschen Heeres“ gestimmt.

Er begann laut „Kriegszeitung“ mit dem Bekenntnis: „Träumt Ihr den Friedensstog? Träume, wer träumen mag. Krieg ist das Lösungswort, Sieg! Und so schall es fort.“ Dann legte er an vielen Stellen aus dem Leben dar, wie der Krieg für den Soldaten eine große „Reorientierung“ seines ganzen Lebens und Bewusstseins gebracht hat. Der Soldat hat nur ein Kriegsziel: den Sieg, der einen Frieden bringt, der die ungeheuren Opfer lohnt. Vorher hört der Soldat nicht auf und man soll nicht wagen, das zu verlangen! Das ist der Geist des Heeres draußen! Nichts wissen wollen die Soldaten aber von Misshandlung in der Heimat. Das soll sich die Heimat merken.“

Aus der Praxis der J. E. G.

In den westlichen Städten bleibt der illegale Butterhandel weiter. Ausländische Butter wird von allen möglichen Seiten zu Wucherpreisen losgeschlagen. Die Konsumgenossenschaften, die sich an das Einseitig-Verbot der J. E. G. halten, müssen vom Verkauf der Auslandsbutter absehen, obwohl sie solche zu relativ billigen Preisen beziehen und abgeben könnten. Die Konsumgenossenschaft „Befreiung“ in Elberfeld wurde schon vor einigen Wochen von der J. E. G. verurteilt, 200 Tonnen Butter zum Preise von 237 M. pro Pfund zu beziehen. Neht kaufte nun die Genossenschaft, gedrängt durch den großen Buttermangel in Elberfeld (28 Gramm pro Kopf und Woche), in Holland 200 Tonnen gleich 10.000 Kilogramm Butter und ließ sie im Waggon direkt nach Elberfeld spedieren. Pflichtgemäß meldete sie das Quantum bei der J. E. G. an und erhielt prompt die Aufforderung, den Verkauf zu unterlassen und die Butter umgehend an das Dortmund Lager der J. E. G. zu senden. Inzwischen hatte aber bereits der Elberfelder Überbürgermeister die Butter zugunsten der gesamten Elberfelder Einwohnerschaft beschlagnahmt. Das half aber nichts, die J. E. G. bestand auf ihrem Schein. Einspruch bei der Düsseldorf Regierung war vergeblich. Nach fast achtwöchigem Verhandeln mußte die Butter nach Dortmund gesandt werden. Gleichzeitig erhielt die Stadt den Befehl, sie würde von Dortmund andere Butter bekommen. Der Mangel war nämlich besonders fühlbar geworden, da in der fraglichen Woche kein Fleisch an die Bevölkerung verteilt wurde und sämtliche Eier der Beschlagnahme verfielen. Der Erfolg ist nun, daß die Butter ganz sinnlos nach Dortmund läuft, von dort gleich wieder nach Elberfeld expediert werden kann, da die Stadt doch Butter haben muß und soll, vielleicht inzwischen tangig wird und dann statt 230 M. pro Pfund infolge der Vermehrung der Frucht- und Rogerspesen 3 M. kosten muß.

Süd und Nord.

Professor v. Blume (Tübingen) schreibt in der „Täglichen Rundschau“:

„Der vom Süden in den Norden reißt, gerät immer wieder in Erstaunen über die Ungleichheit der in Preußen getroffenen Maßnahmen. Wir haben in Württemberg eine einheitliche Prokarta für das ganze Land. Sie gilt aber auch in Bayern und in Baden. Kommt man nach Preußen, so findet man in jedem Ort eine andere Prokarta. Wieviel Umständenlichkeiten verursacht das! Aber auch wieviel Mißbrauch. Denn der Reisende bekommt in dem Gasthause eine Tagesprokarta, die eine Zulage zu der seinem Haushalt zustehenden Menge bedeutet.“

Und dann die Versorgung mit Kollereiprodukten. Man ließ in Preußen die Butterpreise hinaufstreifen bis zu der Höhe von nahezu 8 M. und setzte dann die Höchstpreise auf etwa 2,50 M. fest. In Süddeutschland war der Butterpreis damals 1,00 bis 1,80 M. Sollte man nun Preußen folgen, den Butterpreis übermäßig hoch ansetzen oder nicht vielmehr einen niedrigeren Höchstpreis festhalten, aber zugleich den Verbrauch und die Ausfuhr regeln? Man hat das letztere vorgezogen. Und mit Recht. Ähnlich ist es mit dem Fleisch und den Eiern gegangen. Wir haben in Württemberg längst die Fleischkarte. Warum hat man sich in Norddeutschland nicht dazu entschlossen? Der Eierhandel ist in Württemberg monopolisiert worden. Hat man in Preußen ähnlich vorgefahren? ...

Und endlich die Durchführung der vom Reich getroffenen Anordnungen. Hat man wirklich in Preußen die Grundbesitzer ebenso scharf herangezogen wie in Bayern und Württemberg die Bauern? Hat man etwa in Berlin die Hamsterneier in den größeren Haushaltungen ausgeräumt, wie es in München geschehen ist? Als kürzlich in Stuttgart eine genaue Revision sämtlicher Fleischgeschäfte vorgenommen wurde, zeigte es sich, daß dort keinerlei unzulässige Anschaffungen von Waren stattgefunden hatten. Und wie war es in Berlin? Hätte man auf dem Berliner Rathaus (und Polizeipräsidentium. Die Red. des „Wort.“) die gleiche Einsicht, Umsicht und Willenskraft bewiesen wie in den großen süddeutschen Städten Stuttgart, München, Straßburg und anderen, so sähe es jetzt in der Reichshauptstadt besser aus. Und hätte die preussische Regierung mit der gleichen Schnelligkeit eingegriffen wie die süddeutschen Regierungen, so würden viele Klagen in Preußen vermieden worden sein.“

Vierlose Tage.

Die Reichsregierung hat die Einführung vierloser Tage in Aussicht genommen! Das wurde, wie der „Kriegszeitung“ aus Dresden berichtet wird, in der letzten Sitzung des Vereins der Dresdener Gastwirte mitgeteilt. Gegebenenfalls soll ein beschränkter Ausschank und eine Verkürzung der Polizeistunde erfolgen. Es sind darüber bereits amtliche Mitteilungen an die sächsische Regierung und an den Stadtrat von Dresden ergangen.

Aus Industrie und Handel.

Die Einzahlungen auf die vierte Kriegsanleihe beliefen sich in der Berichtwoche auf 814 Millionen Mark, wovon 128,1 Millionen Mark mit Hilfe der Darlehnskassen geleistet wurden. Die überhaupt von den Darlehnskassen für die Zwecke der vierten Kriegsanleihe ausgeliehenen Gelder berechnen sich jetzt auf 431,2 Millionen Mark, während die bis zum 31. Mai geleisteten Einzahlungen die Summe von 9427 Millionen Mark gleich 87,5 Proz. des gesamten gezeichneten Betrages erreichen.

Soziales.

Zur Regelung des Arbeitsnachweises.

Vom Kaiserlichen Statistischen Amt ist im Auftrage des Reichsamts des Innern ein Verzeichnis der (nicht gewerbmäßigen) Arbeitsnachweise im Deutschen Reich nach dem Stande vom 1. Mai 1918 herausgegeben worden. Das Verzeichnis soll, indem es die leichte Auffindung der an den einzelnen Orten und für die einzelnen Gewerbszweige bestehenden Arbeitsnachweise ermöglicht, den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt fördern; es soll insbesondere den heimkehrenden Kriegern bei ihrem Wiedereintritt in das Erwerbsleben als Wegweiser zu den Vermittlungsstellen dienen. Die Unterlagen für das Verzeichnis bilden die Anzeigen, die nach den auf Grund eines Beschlusses des Bundesrats vom 12. Mai 1916 durch die Bundesregierungen erlassenen Verordnungen von sämtlichen nicht gewerbmäßigen Arbeitsnachweisen erstattet werden mußten. Die Anzeigen wurden, soweit sie bis zum 1. Mai 1918 eingegangen waren, in das Verzeichnis aufgenommen. Insgesamt sind die Adressen von 3002 Arbeitsnachweisen verzeichnet; davon entfallen 2002 auf Preußen, 488 auf Sachsen, 306 auf Bayern, 119 auf Hamburg, 114 auf Baden, 94 auf Württemberg, 72 auf Hessen. Außer der Anzeigepflicht ist infolge des erwähnten Bundesratsbeschlusses durch die anschließenden Ausführungsbestimmungen der Bundesstaaten für die größeren Nachweise auch eine Verpflichtung zu regelmäßiger Meldung der überschüssigen offenen Stellen geschaffen worden. Die Meldung erfolgt teils unmittelbar beim Kaiserlichen Statistischen Amt, teils bei lokalen öffentlichen Arbeitsnachweisen oder Arbeitsnachweiszentralen. Auch diese Einrichtung dient dem Ausgleich der Arbeitsgesuche und -angebote.

Gerichtszeitung.

Charlottenburger Ausfreiungen vor Gericht.

Die Charlottenburger Vorgänge bei Butter- und Fleischpolonadenbeschäftigten gestern das Schwurgericht des Landgerichts III.

Die auf Landfriedensbruch lautende Anklage richtet sich gegen das Dienstmädchen Anna Wischhoff, die Arbeiterin Ida Duchrow, den Hauswart Karl Schammer, dessen Frau Frieda, die Grete Sabowsky und den Kaufherr Otto Liebenow. Die Angeklagten befinden sich seit dem 16. Mai in Untersuchungshaft. Die Angeklagten Schammer, der vorbestraft ist, sowie der bisher völlig unbefristete Liebenow sind als Rädelsführer unter Anklage gestellt. Am Abend des 4. Mai dieses Jahres kam es in Charlottenburg vor mehreren Lebensmittelgeschäften zu Unruhen, die nachts in der Gegend der Kaiser-Friedrich-, Bismarck-, Grolman- und Kanistraße zu sehr lebhaften Szenen führten. Geschäftshilfen wurden abgerufen, die Schaufensterbeschäden geräumt und Vorräte entwendet. Die Angeklagten bestreiten ihre Schuld und behaupten fast sämtlich, daß sie aus Neugierde sich in die Menschenmenge begeben und dann ohne ihre Schuld in dem Gedränge mit fortgerissen worden seien. Auch der Angeklagte Schammer behauptet dies. Seine Ehefrau gibt an, daß sie in drei Läden eingedrungen sei, sich die Marktscheiben voll Lebensmittel aller Art gepackt habe. Sie ist mit ihrer gefüllten Tasche mehrmals nach Hause gegangen und dann zurückgeführt. Bei ihr sind Makrelen, Butter, Schinken, Lachs, Leinwand, Eier, Marmelade, Kunsthonig, Pfäumen und andere Sachen vorgefunden worden.

Die Geschworenen sprachen drei Angeklagte frei und sprachen nur den Ehemann Schammer des einfachen Landfriedensbruchs, die Ehefrau Schammer des schweren Landfriedensbruchs schuldig und billigten ihnen mildere Umstände zu. Der 17-jährige Liebenow wurde auch des einfachen Landfriedensbruchs schuldig befunden, aber die Einsicht von der Strafbarkeit seiner Handlungsweise verneint. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Ehemann Schammer 1 Jahr Gefängnis, gegen Frau Schammer 9 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Schammer zu einem Jahr, die Frau zu acht Monaten Gefängnis, zwei Wochen wurden bei ihr als verbüßt angerechnet. Der Angeklagte Liebenow soll in eine Erziehungsanstalt gebracht werden.

Prokartaendiebstahl.

Einen schamhaften Handel mit Prokarta betrieb Ernst Rademacher, der gestern unter der Anklage des Diebstahls vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II stand.

Der Angeklagte ist am 20. März dabei betroffen worden, wie er in der Nähe der Pfandkammer in der Schönhauser Straße an Passanten und Gäste von Schanklokalen Prokarta zum Kaufe anbot. Er wurde angehalten, und es wurden noch ein paar Prokarta bei ihm vorgefunden, die er von einem Dritten gekauft haben wollte. Nach Feststellung seiner Persönlichkeit wurde er wieder entlassen. Die Sache nahm für ihn eine unangenehme Wendung, als er am 30. März wieder bei einem solchen Handel betroffen wurde. Diesmal fand man bei ihm wieder noch mehrere Prokarta vor. Es wurde festgestellt, daß diese aus einem Einbruch in die Räume der Prokarta-Kommission in der Bergmannstraße, wo 2000 Prokarta gestohlen worden sind, die anderen aus dem Einbruchdiebstahl in der Götterburger Straße herrühren, wo den Einbrechern 1000 Stück zur Beute gefallen waren. Der Angeklagte blieb vor Gericht dabei, daß er die Prokarta von einem unbekannten gekauft habe. Während der Staatsanwalt gegen ihn wegen Diebstahls 1 1/2 Jahre Gefängnis beantragte, verurteilte das Gericht den Angeklagten wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Hehlerei zu 1 Jahr Zuchthaus.

Ueberpannung des Begriffs grober Unfug.

Einer starken Ueberpannung des Begriffs „grober Unfug“ vermochte das Kammergericht in seiner letzten Sitzung nicht abzuhelfen.

Weil sie französischen Kriegsgefangenen auf der Straße in Vohum zugewinkt hatte, war ein damals 17-jähriges junges Mädchen, Fräulein Weisla, wegen groben Unfugs von der Strafkammer zu einem Verweise verurteilt worden. Die Strafkammer führte begründend aus: Auf einer Straße in Vohum hatte sich eine größere Anzahl Personen angesammelt, die einen Transport französischer Kriegsgefangener beobachteten. In der Menge befand sich Fräulein Weisla. Sie winkte den Kriegsgefangenen zu. Sie behauptete, sie habe sich nichts dabei gedacht. Es steht aber fest, daß die Menge über ihr Verhalten empört war und sich an einen Schuhmann wandte. Das Publikum fühlte sich in seinen väterlichen Gefühlen dadurch gekränkt, daß sich die Angeklagte so auf der Straße benahm. Unter den obwaltenden Umständen sei der Bestand der öffentlichen Ordnung durch die Angeklagte verletzt worden. Es ist grober Unfug anzunehmen. Da die frühere Lehrerin der Angeklagten, die sich im übrigen deren Verhalten nur aus Mitleid erklären konnte, ihrer geistigen Regsamkeit ein gutes Zeugnis ausstellt, so ist auch anzunehmen, daß die Angeklagte bewußt gehandelt und die nötige Einsicht gehabt habe. Der Vater der Angeklagten legte Revision ein.

Das Kammergericht verworft die Revision mit folgender Begründung: Aus den Ausführungen des Landgerichts gehe nicht hervor, daß es sich über den Begriff des groben Unfugs getrennt habe. Es gehe auch von der auch vom Kammergericht vertretenen Ansicht des Reichsgerichts aus, monach grober Unfug gegeben sei, wenn eine solche Verunreinigung des Publikums hervorgerufen werde, die geeignet sei, unmittelbar den Bestand der öffentlichen Ordnung zu gefährden.

Das Kammergericht konnte eine andere Entscheidung nicht fällen, weil es nach dem Gesetz an die tatsächliche Feststellung der Vorinstanz gebunden war. (2)

Aus Groß-Berlin.

Wurst.

Nach der neuen Verordnung des Magistrats kommt Wurst auch auf die Fleischkarte in Anrechnung. Wer also Wurst kauft, erhält weniger Fleisch oder Fett. Nun wird die Wurst, die jetzt zulässig ist, aus den inneren Teilen des Viehes hergestellt, und es wäre doch ernstlich zu erwägen, ob nicht ein bestimmtes Quantum Wurst besonders auf die Fleischkarte verabfolgt werden kann, wie das in einigen Gemeinden der Fall ist. Zu dieser Frage erhalten wir folgende sachmännischen Darlegungen

Der Berliner Magistrat hat vor einiger Zeit verfügt, daß nur noch wenige Wurstsorten hergestellt werden dürfen. Leider ist nicht gesagt, was die Wurst enthalten muß, oder besser, was der Käufer für sein Geld bekommt. Diese Verordnung zeigt deutlich, wie es nicht gemacht werden darf. Daß für Groß-Berlin nicht die gleichen Bestimmungen erlassen wurden, öffnet dem Betrug Tor und Tür.

Wurst ist heute mehr denn je Vertrauenssache. Was heute alles unter diesem Namen verkauft wird, ist eine Schmach. Was für die festgesetzten Höchstpreise als Wurst verkauft wird, entspricht keineswegs dem Wert des angelegten Geldes. Der Magistrat wollte billige Wurst schaffen, was sehr anzuerkennen, leider aber nicht gelungen ist. Besonders reichlich wird jetzt Grünwurst hergestellt. Warum gerade Grünwurst, wird der Laie fragen. Sehr einfach! Sie bringt den größten Gewinn. Von dem jetzt so kostbaren Blut und Fett wird wenig, letzteres wohl kaum, gebraucht. Das Neueste auf dem Gebiete der Grünwurstmacherei ist die Verwendung von Ribbenarten. Hier wird nach allen Regeln der Kunst Fleisch gestreckt, um nicht zu sagen überhaupt feins gebraucht. Der schnelle Verkauf der noch warmen Würste bringt den Fleischern noch einen besonderen Verdienst. Durch die jetzige Art der Wurstmacherei, die rentabler als sonst ist, werden die Konsumenten erheblich über's Ohr gehauen.

Wiederholt ist angeregt worden, die Wurstmacherei gänzlich zu verbieten. Wir halten dies für unangebracht im Interesse der Allgemeinheit. Zunächst ist zu beachten, daß es durch die Wurstfabrikation möglich ist, viele Teile der Schlachttiere vorteilhafter als sonst zu verwerten. Auch ist Wurst für diejenigen, die erst des Abends ihr „Mittagbrot“ verzehren können, eine angenehme und billige Fleischnahrung. Auch ist zu beachten, daß durch die Wurstfabrikation eine Streckung des Fleisches möglich ist. Notwendig ist jedoch, daß die Wurst so hergestellt wird, daß sie einen Nährwert hat.

Ist dies unter den jetzigen Verhältnissen möglich? Diese Frage muß bejaht werden. Voraussetzung ist jedoch, daß nicht die Interessen der Hersteller ausschlaggebend sind.

Die beste Lösung ist die Verstaatlichung der Wurstfabrikation. Für den Magistrat als Fleischgroßhändler ist dies nicht undurchführbar. Er kann Blut, Lungen, ein Teil Leber, Därme, Schweinemilch, Kalbsgekröse, Schweineköpfe mit Waden usw. alles auf dem Schlachthof geschlachteten Tiere (soweit sie nicht der Militärverwaltung gehören) zurückbehalten, und eine andere Regelung der Großfleischpreise wäre bald gefunden.

In einigen Wurstfabriken — die heute stillstehen — oder in besonders hierzu eingerichteten Betrieben wäre dann das alles unter strenger Kontrolle zu verwerten. Wieviel Wurst aus dem Rohmaterial hergestellt werden kann, ist zu berechnen, so daß auch hier eine Kontrolle möglich ist. Einem Fleischermeister dürfte man jedoch die Leitung nicht übertragen, sonst könnte man leicht trübe Erfahrungen machen. In Berlin gibt es tüchtige Ergisse, die mit Erfolg Großbetriebe geleitet haben, diese bürgen mehr für gutes Gelingen des Planes.

Folgende Wurstsorten würden anzufertigen sein: Grünwurst, Leberwurst mit Mehlsatz, Blut- und Leberwurst ohne Mehlsatz, eine Grünwurst und eine Sülze oder Sülzwurst. Eventuell könnte auch eine „Kriegswurst“, wie sie einige süddeutsche Städte herstellen, angefertigt werden. Die Praxis würde schon nach kurzer Zeit die beste Methode der Fabrikation ergeben. Eine bürokratische Geschäftsführung müßte vermieden werden; Fachmann und Kaufmann müssen gemeinsam arbeiten. Eine Kommission, zu der Fachleute hinzuzuziehen sind, könnte in kurzer Zeit alle Vorarbeiten erledigen.

Der Verkauf der fertigen Ware könnte den Fleischermeistern übertragen werden oder in den Markthallen und anderen Geschäften erfolgen. Hier würde sich ebenfalls ein schwerer der richtige Weg finden lassen.

Daß die Wurstmacherei im Großbetrieb rentabler ist, bestreiten auch die Fleischermeister nicht. Was sie dagegen einwenden, ist, daß vielen kleinen Meistern eine gute Verdienstquelle genommen wird. Dieser Einwand kann aber nicht ausschlaggebend sein in der jetzigen Zeit, wo Millionen große Opfer bringen müssen. Der Fleischverkauf nach den jetzigen Preisen und Vorschriften ist ja auch noch ein lohnendes Geschäft.

Die städtische Wurstmacherei würde den Bürgern eine bessere Wurst als bisher liefern können. Wird die Sache am richtigen Ende angefaßt, so wird es auch klappen. So wie bisher darf es in der Wurstfabrikation nicht weitergehen!

Der erste Tag der Fleischkarte.

Gestern hat die Fleischkarte in Berlin ihre Herrschaft angetreten. Der bisherige Zustand, Fleisch auf die Brotkarte irgendwo zu entnehmen, wo man solches bekommt, hat sein Ende erreicht. Glücklicherweise, möchte man sagen. Denn in der Hauptsache belam der, welcher nicht gerade einige Stunden stehen wollte oder konnte, nur durch Glückszufall einen Wurst. Viel wurde „hintertürlich“ beschossen. Man mußte schon „gute Beziehungen“ zu einer Schlächtermeisterfamilie haben, um Fleisch zu erhalten. Das soll nun anders werden. Die Fleischkarte soll dem Inhaber eine Art Anrecht auf Fleischbezug geben. Wer jetzt Fleisch haben will, muß zu dem Schlächter gehen, bei dem er in die Kundenliste sich hat eintragen lassen. Der Schlächter soll täglich bekannt geben, wer an die Reihe kommt. Der Kunde muß also öfter nach dem Schlächter gehen und sehen, wann er dran kommt. Auch ein besonderes Vergnügen. Gestern erfolgte der Fleischverkauf nummernweise. Ein ganze Anzahl Schlächter hatte in den Schau-fenstern bekanntgegeben, welche Nummern an die Reihe kommen, und zwar waren zugleich auch Zeiten bestimmt, wie etwa von 8—9 Uhr die Nummern 1—50, 9—10 Uhr von 50—100 und so fort. Dadurch wurden größere Ansammlungen vermieden. Im nächsten

Monat dürfte sich eine bessere Regelung herbeiführen lassen, wenn das Publikum sich bei einem anderen Schlächter in die Kundenliste eintragen lassen kann, bei dem weniger Andrang herrscht.

Etwas kompliziert war die Berechnung des Preises für die in dieser Woche abzugebende Fleischmenge von 330 Gramm.

Auch in den Geschäftswirtschaften durften gestern Fleischgerichte nur gegen Abgabe von Fleischartenabschnitten verabfolgt werden. Wild und Geflügel ist fleischartenfrei.

Mord und Totschlag.

Eine ganz ungewöhnliche Häufung von Sterbefällen durch Totschlag und Mord hat in Berlin sich in diesem Frühjahr bemerkbar gemacht. In den sieben Wochen von Anfang April bis in die zweite Hälfte des Mai hinein starben hier infolge von Totschlag oder Mord, soweit behördliche Feststellungen darüber vorliegen, nicht weniger als 14 Personen. Was diese Zahl bedeutet, möge eine Vergleichung mit den zu anderen Zeiten gemachten Beobachtungen zeigen. So sind aus den dreizehn Wochen von Anfang Januar bis Ende März dieses Jahres nur 12 Sterbefälle, die durch Totschlag oder Mord verursacht waren, zur Kenntnis der Behörde gelangt. Das ganze Jahr 1915 brachte nur 22 festgestellte Fälle von Totschlag und Mord, wovon die vier Vierteljahre mit 2, 6, 6, 8 Fällen beteiligt waren. Ungünstiger hatte das Jahr 1914 abgegeschlossen: bekannt wurden aus ihm 38 Fälle, die sich mit 9, 10, 10, 9 auf die vier Vierteljahre verteilten. Aber selbst gegenüber 1914 darf man bei den bisher aus 1916 und besonders aus den Frühjahrswochen gebuchten Fällen von einer Häufung reden, die auffallen muß. Daß bei an sich so kleinen Zahlen ein Zufall von sehr starkem Einfluß sein kann, ist selbstverständlich. Hoffen wir, daß auch diese in letzter Zeit beobachtete Steigerung nur aus Zufälligkeit sich erklärt.

Der erste Naturshupparc um Groß-Berlin ist mit Unterstützung des Zweckverbandes von einem naturfreundigen Privatmann, dem einer Försterei entstammenden Polizeisekretär Stübner aus Berlin-Treptow in der Königsheide bei Baumhulensweg angelegt worden. Zunächst wurde das Ende der neunziger Jahre wegen des Kanalbaues abgeholzte Jagden 144 angeforstet und sofort eingezäunt, um es gegen Naturräuber zu schützen. Wir finden hier schon 400 Ahornbäume von sechs bis sieben Meter Höhe, 5000 Eichen, 2000 Kiefern, 600 Storkulmen, über 1000 Ebereschen, Kiefern und Birken. Von der königlichen Oberförsterei Eberswalde wurden 1000 wertvolle Ekelstannen der verschiedensten Art zur Verfügung gestellt. Zahlreiche Singvögel haben diesen Tag und Nacht unter Aufsicht stehenden Naturshupparc zur ungestörten Brutstätte erwählt. Demnächst sollen auch einige Wildarten eingeseht werden. Unweit davon, am Wege nach Johannistal, vor dem großen Fenn, wurde das schon seit über 20 Jahren verödete Jagden 186 im Einvernehmen mit dem Zweckverbande von Herrn Stübner mit 2000 Traubeneichen neu angeforstet und eingezäunt. Bemerkenswert ist hier die dem Wachstum dienlichere und mehr dem Natürlichen entsprechende Vogenform der Anpflanzung im Gegensatz zu der sonst in unseren Wäldern üblichen Reihenanforstung. Etwa 500 Meter westlich von dieser schönen Kultur wird der Zweckverband auf einer früheren Brandstelle einen großen Spielplatz anlegen lassen. Durch Unachtsamkeit des Ausflügelpublikums verbrannte Badslächen sind leider gerade in der Königsheide sehr zahlreich zu finden. Sie sollen jetzt in schneller Folge sämtlich nach und nach angeforstet werden.

Arbeiterbildungsschule. Donnerstag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Hörsaal der Schule, Lindenstraße 3, 4. Hof rechts, 3 Treppen, der zweite der wissenschaftlichen Einzelvorträge statt. Genosse Ernst Däumig wird das Thema: „Mesopotamien und die englische Herrschaft in Indien“ behandeln.

Eintrittspreis 10 Pfennig. — Die Bibliothek der Schule ist an allen Donnerstagsabenden geöffnet.

Zur Massenpeisung.

Der Wirtschaftsausschuss für Volkspeisung, der gestern im Berliner Rathaus unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Verbaum tagte, nahm die Berichte seiner Kommissionen entgegen, welche bereits lebhaft an der Arbeit sind. Bei der darauf folgenden Beratung wurde zunächst der Grundsatz endgültig festgestellt, daß die Volkspeisung allen Schichten der Bevölkerung gleichmäßig zugänglich sein und nicht den Charakter einer Unterstützung, sondern den einer Lieferung gegen Entgelt, und zwar gegen die Selbstkosten der Stadt, tragen soll. Die Ausgabe der Speisen soll gegen Bogenkarten erfolgen, d. h. für sechs Tage an einmal; wer dies besonders verlangt, soll jedoch auch am Sonntag gespeist werden.

Das Verhältnis der Naturalspeisung zu bereits bestehenden städtischen Lebensmittelverteilungen wurde eingehend erörtert. Man gelangte zu dem Ergebnis, daß gegen eine nahrhafte Mittagspeise wöchentlich zwei Drittel von der Fleischkarte und ebensoviel von der Kartoffelkarte abgegeben werden, dagegen die Brotkarte, die Butterkarte und die Zuckerkarte den Haushaltungen für ihre sonstigen Mahlzeiten ungeschmälert verbleiben soll. Die Kommission für die Beschaffung und Ausrüstung der erforderlichen Räumlichkeiten hat ihren Plan nahezu fertiggestellt und ist in seiner Ausführung begriffen. Der Aufruf zur Anmeldung wird, wie bereits berichtet, in den nächsten Tagen erfolgen.

Erfolgreiche Schwierigkeiten werden auch in der vorliegenden Angelegenheit durch die kommunale Herrschaft Groß-Berlins in viele Gemeinwesen erwachsen. Wer in einem Vorort wohnt und in Berlin arbeitet, soll auch an den Massenpeisungen teilnehmen können. Da aber entstehen die Schwierigkeiten in der Anrechnung der verschiedenen Kartenabschnitte und in der eventuellen Umrechnung. Gerade der Krieg hat bewiesen, wie unheilvoll die gemeindliche Teilung Groß-Berlins ist.

Mietsteigerungen in Sicht.

Der Treptower Hausbesitzerverein hat seine sämtlichen Mitglieder durch Unterschrift zur Mietsteigerung verpflichtet. Ein Teil der Mitglieder ist darauf nur mit der Mahgabe eingegangen, daß von den zuziehenden Mietern höhere Mieten als bisher gefordert werden sollen. Dabei stehen in Treptow, wo die Mieten schon immer sehr hoch waren, infolge des Krieges nur wenige mittlere und größere Wohnungen leer. Auch die Mietsteigerung durch Einziehung wenig bemittelter Mieter zum Kriegsdienst sind hier im Verhältnis zu anderen Gemeinden kaum nennenswert. Daher befindet sich die Gemeinde Treptow in der angenehmen Lage, Mietunterstützungen bis zum Betrage von 30 M. monatlich zu zahlen. Zu der beschlossenen Mietsteigerung liegt also kein stichhaltiger Grund vor.

Vom Rottenhandel. Der Hausausschuss für Kartoffeln, Gemüse und Obst der Preisprüfstelle Groß-Berlin beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung u. a. auch mit der Frage des sogenannten Rottenhandels. In einem Falle wurde festgestellt, daß Zwiebeln, ehe sie an den Verbraucher gelangt sind, innerhalb von drei Tagen viermal den Besitzer gewechselt haben, und zwar wurde die Ware innerhalb dieser Zeit mit nicht unerheblichen Zwischengewinnen von

Dolland nach Dresden, von Dresden nach Rattowitz, von Rattowitz an einen Berliner Großhändler und von diesem erst an Berliner Kleinhandlärer verkauft, die sie endlich dem Verbraucher zuführten. Die Preisprüfstelle Groß-Berlin hat beschlossen, daß nur dann die volkswirtschaftliche Notwendigkeit eines Zwischenhandels in Zukunft von ihr anerkannt werden soll, wenn er Obliegenheiten erfüllt, die für die zweckmäßige Verteilung der Lebensmittel von unabweisbarer Wichtigkeit sind. In anderen Fällen wird die Preisprüfstelle erwägen, ob eine Unzuverlässigkeit im Handel, eine Zurückhaltung der Ware oder eine im Verhältnis zur volkswirtschaftlichen Leistung unangemessene Preissteigerung vorliegt und gegebenenfalls die nötigen Schritte zur Strafverfolgung veranlassen.

Bei einem Sparfassenbetrug erwischte gestern eine 21 Jahre alte Arbeiterin Martha Birt. Das Mädchen erschien mit einem Sparfassenbuch, um eine größere Summe abzuholen. Sein Gehören erregte aber Verdacht. Man schickte es deshalb mit der Weisung weg, später noch einmal wieder zu kommen und benachrichtigte unterdessen die Kriminalpolizei. Diese nahm die Verdächtige bei ihrer Rückkehr in Empfang, und es ergab sich, daß sie nicht nur dieses, sondern auch noch andere Sparfassenbücher gestohlen hatte. Sie beabsichtigte demnächst einen 31 Jahre alten schon wiederholt bestrafte Väter Ernst Schulte zu heiraten, mit dem sie seit längerer Zeit ein Liebesverhältnis unterhielt. Um sich eine eigene Wohnung einrichten zu können, gingen die beiden gewerdmäßig auf den Einbruch aus. Hierbei „arbeitete“ der Väter, während seine Braut „Schmiere stand“. Das Mädchen bestritt erst hartnäckig und wollte das Sparfassenbuch von einem unbekannten Manne erhalten haben. Die Wohnung anzugeben, weigerte es sich. Man fand aber bei ihm einen Fettel, auf dem zufällig die Wohnung angegeben war, und als man dort nun nachsuchte, fand man nicht nur allerhand Beute, sondern auch gleich den Einbrecher Schulte. Beide legten jetzt ein Geständnis ab und wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Den letzten Einbruch hatten sie bei einer Witwe in der Lübbener Straße ausgeführt und dann auch ausgeführt.

Verloren gegangen ist am Donnerstag eine rote Kinderstrick-jade nahe der Waldschänke Sabowa. Abgegeben Vohagen, Orphiusstr. 12, Duergebäude IV, rechts.

Aus den Gemeinden.

Kriegsunterstützungen in Weikensee.

Dem Kriegsunterstützungsbureau lagen am Schluß des Vorjahres 3386 Anträge auf Gewährung von Unterstützung an die Familien der zum Seeresdienst Einberufenen vor. Diese Zahl ist bis Ende März d. J. auf 5648 gestiegen. Es gelangen jetzt 228 500 M. Kriegsunterstützung pro Monat zur Auszahlung. Die Anträge der Kriegerverfahren auf Gewährung von Monatsbeiträgen haben dauernd zugenommen. Sie sind von 790 im Monat Juni 1915 auf 2087 im Monat Januar 1916 gestiegen. Bereits im Monat Januar d. J. erreichten die ausbezahlten Monatsbeiträge die Höhe von 34 285 M. Den Familienmitgliedern der im Felde stehenden Krieger wurden freie ärztliche Behandlung und freie Medikamente gewährt. Seit dem 1. Juni 1915 bis Ende März 1916 wurde der Arzt in 630 Fällen in Anspruch genommen, auf Gewährung der Reichswochenhilfe wurden 42 Anträge gestellt. Die bisher bewilligte Summe betrug 3801 M.

Sozialdemokratische Lebensmittelinterpellation in Vernaun.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde von unseren Genossen folgende Interpellation eingebracht: Gedent der Magistrat Maßnahmen zur Regelung der Lebensmittelversorgung für die Vernauer Bevölkerung zu treffen? Genosse Helbig führte begründend dazu aus, daß ein großer Teil der Bevölkerung nicht in der Lage sei, die ihnen zuzehenden Rationen „ersehen“ zu können, weil ihnen die Mittel dazu fehlen, ein anderer Teil aber außerhalb Vernaus beschäftigt und bis zur Beendigung der Verkaufszeit noch nicht zurückgekehrt ist. Es sei weiter beobachtet worden, daß Vorkommnisse von den abgesehenen Waren höhere Rationen, als ihnen zuzehen, ins Haus geschickt erhalten, während andere wiederum stundenlang warten mußten, bis sie die gewünschten Einkäufe erledigen konnten. Ferner verlangte die Einführung der Massenpeisung und die Errichtung der dazu benötigten Räume. Vom Bürgermeister wurde erklärt, daß sich der Magistrat mit der Frage der Massenpeisung bereits beschäftigt und beschlossen habe, eine Umfrage bei den Kommunen zu halten, welche die Massenpeisung bereits eingeführt haben. Zur bevorstehenden Bürgermeistereiwahl wurde eine ständige Kommission gewählt, der auch Genosse Helbig angehört. Die Kommission hat unter den 144 Bewerber für den Bürgermeisterposten zunächst eine engere Wahl zu treffen.

Aus aller Welt.

2500 Zentner Käse verdorben.

Recht interessante Einzelheiten über die Art, in welcher leichtfertiger Weise heute noch trotz größter Knappheit und Teuerung mit Lebensmitteln verfahren wird, ergab eine Verhandlung vor der Strafkammer in Danzig. Wie das „Westpreussische Volksblatt“ berichtet, waren die Händlerin Luise Selinski und der Kaufmann Leo Leh vom Schöffengericht in Neustadt wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden, hatten aber gegen das Urteil Berufung eingelegt. Wie nun vom Berufungsgericht festgestellt wurde, hatte der Angeklagte Leh im Auftrage der Selinski auf einer Auktion in Danzig einige Zentner verdorbenen Käse aufgelauft und dann weiter verkauft. Es handelte sich um Holländer Käse, der in Stettin solange gelagert hatte, bis er minderwertig geworden war. Von dort aus trat der Käse dann eine Wanderung an. Durch Vermittlung von Agenten wurden dreizehn Waggons, das sind etwa 2500 Zentner, von diesem Käse nach verschiedenen Städten, darunter auch Berlin und Danzig, verkauft. Frau Selinski konnte den Käse aber nicht loswerden, da er in allen Farben schillerte und inwendig Maden und Würmer waren. Ihr Waufftragter Leh wollte deshalb den Käse in Neustadt wieder veräußern lassen, mußte sich aber schleunigst rücken, als die zur Versteigerung gekommenen Käufer die Ware näher bejaßen.

Der Angeklagte Leh erklärte, daß er den Käse für 50 M. den Zentner gekauft und in Neustadt für 40 M. verkauft habe. Das sei ein Preis für Buttermittel; man habe also nicht Käse zur menschlichen Ernährung erwarten können. Die Händlerin Selinski will den Käse überhaupt nicht gesehen haben, da sie in Berlin war. Das Berufungsgericht sprach die Händlerin Selinski frei, da sie an der Straftat unbeteiligt war und verwarf die Berufung des Leh. Letzterer hatte gemutet, daß der Käse zur menschlichen Ernährung nicht verwendbar sei, ihn aber dennoch zu diesem Zwecke verkauft.

Der Angeklagte Leh ist noch sehr billig davongekommen. Sein gefahrechtes Experiment, diesen Käse, von dem er wußte, daß er vollständig verdorben war, als menschliches Nahrungsmittel weiter in den Handel zu bringen, hätte eine strengere Bestrafung gerechtfertigt. Neben ihm hätten aber auch noch mehrere andere Personen die Anklagebank betreten müssen, vor allem diejenigen, die den Käse so lange zurückhielten, bis er verdorben war. Vielleicht läßt sich das Veräußern noch nachholen. In dieser Zeit ist es keine Privat-sache mehr, wenn jemand so große Posten Lebensmittel verderben läßt und so dem allgemeinen Verbrauch entzieht.

